DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

H 8040 F
Nummer 27
März/April 94
2,50 Mark

Nationalrevolutionäre: **Jean Thiriart**

Anti-Antifa: **Zum Beispiel Tostedt**

Kunst: **Joseph Beuys**

Meldungen • Meldungen • Meldungen • Meldungen

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511/341036
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Mit einiger Verspätung erscheint unser Heft 27. Ein zeitlicher Verzug, der mit der Erstellung unseres Sonderheftes zum Thema „Anti-Antifa" (siehe nebenstehende Ankündigung) zusammenhängt und den wir unsere LeserInnen zu entschuldigen bitten.

Den Themenkomplex Anti-Antifa nehmen wir auch in dem vorliegenden Heft wieder auf, gewinnt er doch zunehmend an Bedeutung. Andererseits nimmt die Verharmlosung bzw. Begünstigung rechtsextremer Propaganda zu. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH), ein Urteil gegen den NPD-Vorsitzenden Günter Deckert wegen Volksverhetzung aufzuheben. Deckert war zuvor vom Landgericht Mannheim verurteilt worden, weil er sich mit der Übersetzung eines Vortrages des amerikanischen „Gaskammerspezialisten" Fred Leuchter die sog. „Auschwitz-Lüge" zu eigen gemacht hatte. Die Neonazis, die schon seit geraumer Zeit den Geschichtsrevisionismus zu einem ihrer Hauptpropagandafelder erkoren haben, dürften über diese Schützenhilfe äußerst erfreut sein. Das Gerichtsurteil mache es deutschen Neonazis noch leichter, ihre Propaganda zu verbreiten, stellt das Simon-Wiesenthal-Zentrum denn auch zutreffend fest.

Einzelne Maßnahmen gegen Neonazis, wie die Festnahme der Macher des „Einblick", oder des Kroatiensöldners Michael Homeister (siehe auch: Der Rechte Rand Nr. 24, Seite11, dort unter seinem Decknamen Martin Homes vorgestellt) werden in den Medien als entschiedener Kampf gegen den Neonazismus gewertet. Gleichzeitig zeigen aber die tagtäglichen Erfahrungen von AntifaschistInnen, daß sich Polizei und Justiz regelmäßig berufen fühlen, den Rechtsextremen helfend zur Seite zu stehen. So geschehen unter anderem bei einer der beiden niedersächsischen Wahlveranstaltungen der „Republikaner" in Hannover. Dort knüppelte die Polizei rücksichtslos unter Einsatz von Pferden und Wasserwerfern den herangekarrten REP-Anhängern den blockierten Weg in die Veranstaltungshalle frei. Daß es sich dabei um eine geplante Aktion handelte, belegt ein Gespräch mit dem hannoverschen REP-Kandidaten Peter Lauer, der einem Journalisten den Polizeieinsatz bereits zehn Minuten vor dessen Beginn ankündigte.

Und das Ergebnis der niedersächsischen Landtagswahl ist auch kein Grund, sich beruhigt zurückzulehnen, und von einem „Ende der Welle rechter Wahlerfolge" zu fabulieren. Die „Republikaner", die kräftig Stimmen von der CDU abwarben, scheiterten zwar an der Fünfprozenthürde, konnten aber immerhin landesweit ihren Stimmenanteil von 1,5 auf 3,7 Prozent verbessern. In 14 von 100 Wahlkreisen, mit dem Schwerpunkt Hannover, erreichten die REP einen Stimmanteil von über fünf Prozent. Dabei schöpften die Rechtsradikalen - verglichen mit Vorwahlbefragungen - sogar nur ein Drittel ihres Wählerpotentials aus, das sich laut Infas vorwiegend aus großstädtischen Unterschichten, jungen und älteren männlichen Arbeitern und Arbeitslosen zusammensetzt.

Dabei blieb der Wahlkampf der Rechten weitgehend auf das Plakatieren beschränkt. Gelegentliche Informationsstände und auch der Versand von flächendeckenden Postwurfsendungen à la Frey (durch eine Druckerei mit einer Wilhelmshavener Postfachadresse) wurden ansatzweise erprobt und lassen konzentriertere Aktivitäten für den Bundestags- und EG-Wahlkampf erwarten. Die Vorbereitung auf effektive Gegenwehr, von der Blokkade von Wahlveranstaltungen über die öffentliche Auseinandersetzung mit Programm und Personal der Rechtsextremen, dürfte derzeit die vorrangige Aufgabe der antifaschistischen Bewegung sein.

Ein Grund, uns im nächsten Heft des Rechten Randes intensiver mit der Politik der derzeit erfolgreichsten Wahlpartei des Neofaschismus, den „Republikanern", auseinanderzusetzen. Dabei sind wir auf die Unterstützung unserer LeserInnen angewiesen. Bitte sendet uns Materialien über „Republikaner"-Aktivitäten und -Machenschaften vor Ort zu.

Das nächste Heft des Rechten Randes erscheint am 8. Mai 1994. Redaktionsschluß ist der 20. April 1994. Nach wie vor sind wir an der Mitarbeit unserer LeserInnen interessiert, bei längeren Artikeln bitten wir allerdings um kurze Absprachen.

Abschreibungen mit Gewinn?

Die Altlinken Henning Venske, Journalist, Kinderbuch-Autor und Kabarettist („Münchner Lach- und Schießgesellschaft) und Günter Handlögten, Nachrichtenredakteur beim Stern, haben „Klüngel, Filz & Korruption"(1993) in der Bundesrepublik Deutschland untersucht. Dabei haben sie sich fast ein Jahr lang in den Niederungen des deutschen Filzes umgesehen, berichtet der Zebulon Verlag aus Düsseldorf. Besonders fleißig und rührig war der Stern-Redakteur Günter Handlögten: er schrieb seitenweise aus dem Rechten Rand ab, ohne seine Quellen und InformantInnen zu nennen. Die Passagen über den „Deutschen Kameradschaftsbund" (DKB) und seine finanziellen Hintermänner **Hartmut Heger** und **Robert Baar** sind beispielhaft für mieses Plagiatentum. Hier demonstriert Handlögten die hohe Kunst des Abschreibens, ohne sich genau an die Vorlage zu halten. Wird im Rechten Rand der Vortrag eines Bewährungshelfers in indirekter Rede wiedergegeben, formuliert Handlögten gleich in direkter Form, als ob er selbst im Gerichtssaal gesessen habe. Hat er aber nicht und die Formulierung im Rechten Rand war so frei gewählt, daß Handlögten auch nicht aus Prozeßakten abgeschrieben haben könnte, wenn er sich überhaupt die Mühe gemacht hat, diese anzuschauen. Warum er die Rechte Rand - AutorInnen nicht neben Norbert Zell, Klaus Ahrens, Dr. Werner Rügemer und Wolfgang Hain im Ko-Autoren-Verzeichnis aufgenommen hat bleibt ein Rätsel für dessen Lösung kein Preis ausgelobt wird. Das Buch selbst ist die Deckel nicht wert, zwischen die es gepresst wurde. (hy)

Antifa Tostedt

Tostedt — Ein Fallbeispiel für Anti-Antifa auf dem Land

Wir wollen mit dem folgenden Artikel exemplarisch darstellen, wie sich in einer ländlichen Region eine Anti-Antifa strukturiert und erklären, welche Bedrohung von ihr ausgeht; wir wollen aber auch zeigen, wie sich antifaschistischer Widerstand an der Anti-Antifa organisieren kann und dem Nazi-Terror etwas entgegensetzt.

Geschichtliches

Tostedt ist ein Ort 50 Kilometer südlich von Hamburg in der Nordheide gelegen. Seit Mitte der 80er Jahre gibt es in der 20 000 Seelen Gemeinde organisierte Antifa-Gruppen. Nachdem es einer starken und auch militanten Jugendzentren-Bewegung gelang ein neues Jugendzentum zu erkämpfen , wurde das Juz zum Zentrum antifaschistischer Aktivitäten in der Region.

Seit 1989 kam es dann zu ersten Auftritten organisierter Neonazis. Zu diesem Zeitpunkt ist das in der FAP organisierte Ehepaar **Stefan** und **Sabine Bliesmer** von Harburg nach Tostedt gezogen. Um sich herum scharrten sie einen Kreis von Skinheads, unter anderem **Sascha** und **Patrick Bothe**, die ebenfalls aus Harburg weggezogen sind.

Als am 10. April 1989 in Lüneburg eine VVN-Veranstaltung mit 200 Personen von 15 Neonazis der FAP gestürmt wurde, waren neben bekannten FAP- „Persönlichkeiten" wie **Manfred Börm**, **Willi Wegner**, **Michael Giese**, **Detlef Bruel** erstmals auch die Tostedter Neonazi-Skins Sascha und Patrik Bothe sowie **Sven-Ole Reese** gemeinsam bei einem faschistischen Überfall dabei.

War bisher noch der niedersächsische FAP-Vorsitzende **Michael Giese** Kontaktperson für die drei Tostedter Nazi-Skins, wechselte diese Aufgabe nach dem Überfall zu Stefan und Sabine Bliesmer.

Spätestens seit dieser Zeit gibt es eine organisierte FAP-Struktur in Tostedt und Umgebung. Diese macht seitdem sowohl mit faschistische Schmier- und Plakataktionen, als auch mit brutalen Überfällen von sich reden.

Aus diesem Kreis tauchte erstmals Ende 1989 ein Anti-Antifa-Info auf.

Aktuelles

Eine Anti-Antifa tritt in Tostedt seit Anfang Juni '93 wieder auf; vorausgegangen ist eine Zeit, in der die Neonazis vermehrt versuchen, in der Tostedter Jugendszene Anklang zu finden und sie einen Kreis von bis zu 20 Jugendlichen um sich scharen.

Der Kern der Neonazis besteht nach wie vor aus Stefan und Sabine Bliesmer, aus Sascha Bothe und Sven-Ole Reese.

In dieser Zeit verändert sich das Klima in der Tostedter Innenstadt vor allem für linke Jugendliche und bekannte AntifaschistInnen, die ständig durch Übergriffe der Neonazis bedroht sind.

Die sich am Marktplatz „Am Sande" treffenden rechten Jugendlichen werden von der Polizei großzügig geduldet, die ihrerseits kooperativ auf die FAP-Kader zugeht und mit ihnen Absprachen trifft, ja teilweise sogar gegen den „gemeinsamen Feind" Antifa zusammenarbeitet.

So konnte Tostedt auch für auswärtige Neonazis zu einem Treffpunkt werden; teilweise



FAP-Kader Stefan Bliesmer

sammelten sich an den Wochenenden im Frühjahr bis zu 50 Neonazis am „Sande", konnten dort ungestört vor allem FAP-Propaganda verteilen. Für den kleinen Kreis der Tostedter AntifaschistInnen wurde die Situation im Ort so immer bedrohlicher, zumal den Neonazis ein Teil derer Adressen bekannt sind.

In dieser Situation begannen sich die Antifas zu organisieren, um dem von der „Sande-Bande", wie sich die Gruppe der Neonazis nennt, ausgehenden Terror etwas entgegenzusetzen. Am 19. April '93 wurde in Zusammenarbeit mit regionalen Antifa-Zusammenhängen eine „Hitler Geburtstagsfeier" der Neonazis von ca. 60 Antifas massiv gestört und behindert.

Damit begann der Versuch, die maßgeblich von den Neonazis eingenommene Stimmung in Tostedt zu kippen.

Es gründete sich eine Jugend-Antifa neu, die im Mai mit einem vor allen Schulen Tostedts verteilten Antifa-Jugendinfo in die Öffentlichkeit trat.

Darin wurde u.a. verdeutlicht, daß es sich bei den sich „Am Sande" treffenden Jugendlichen zum Teil um straff organisierte Nazi-Kader handelt.

Eine Woche später plakatierten und verteilten die Neonazis in Tostedt Flugblätter, in denen sie die Gründung einer Anti-Antifa erklärten.

Mit dem Flugblatt versuchten die Neonazis, sich selbst aus der Opferrolle heraus wieder eine Stärke zu geben; indem sie in der Folgezeit die in den Flugblättern genannten Antifas

massiv bedrohten; ihnen nachts vor der Haustür aufzulauern oder ganz offen in der Schule zu drohen.

Doch erreichten die Anti-Antifa Aktivitäten nicht einen Rückzug der sich mehr und mehr organisierenden AntifaschistInnen, im Gegenteil, mehr als zuvor sprachen sich auch „unpolitische" Jugendliche gegen die Treffpunkte der Neonazis aus.

In dieser Situation wurde ein in gemeinsamer Arbeit von verschiedenen regionalen Antifagruppen erstelltes vierseitiges Massenflugblatt an fast alle Haushalte Tostedts verteilt. Noch einmal mehr wurde hier der Charakter der Neonazis und deren faschistisches Weltbild, ebenso ihre Strukturen erklärt.

Die „Sande Bande" sah sich in die Defensive gedrängt, der Kreis der sich um Sascha Bothe sammelnden Jung-Nazis wurde kleiner.

Aber die Anti-Antifa Kampagne hatte Folgen; Als am Heß-Todestag mehrere FAP'ler, unter ihnen Stefan Bliesmer, beim nächtlichen Plakatieren gestört wurden, standen die Neonazis in der selben Nacht vor der Wohnung eines durch die Anti-Antifa bekannt gewordenen Antifaschisten und bedrohten dort selbst dessen Vater.

Die überregionale Zusammenarbeit der Neonazis in der Anti-Antifa-Kampagne wurde Anfang Oktober deutlich; Die „Sande-Bande" hatte zu einem Treffen anläßlich eines alljährlichen Volksfestes auch über das Nationale Infotelefon Hamburg mobilisiert.

An dem Tag zeigten aber vor allem viele AntifaschistInnen Präsenz und die sich treffenden Neonazis mußten sich im Hintergrund halten, als einigen von ihnen ein Platzverweis von Antifas erteilt worden ist, mußte sogar Sascha Bothes Nasenbein dran glauben. Die Antwort darauf folgte prompt; am nächsten Tag war eine Ansage auf dem oben genannten Nationalen Infotelefon, in der ein namentlich genannter Antifa beschuldigt wurde, für den Angriff auf Sascha Bothe verantwortlich zu sein.

Doch die Stimmung in Tostedt wird vermehrt durch die Aktivitäten der Antifas bestimmt. Neben der Jugendantifa gibt es inzwischen wieder eine autonome Antifa und eine Bürgerinitiative gegen Rechtsextremismus. Diese Gruppen versuchen, durch vermehrte Öffentlichkeitsaktionen die Struktur der Neonazis und deren Verbindungen aufzudecken, genauso wie die stillschweigende Duldung faschistischer und rassistischer Aktivitäten durch die Polizei und Verwaltung aufzuzeigen und anzuklagen.

Obwohl den Neonazis in Tostedt der Raum, sich zu treffen, bis jetzt noch nicht genommen werden konnte, zeigt es sich dennoch, daß durch den Aufbau antifaschistischer Strukturen der Propaganda und dem Terror der Neonazis auch auf dem Land etwas entgegengesetzt werden kann.

Ein wichtiger Punkt darin ist der Erhalt von Jugendzentren und Räumen für antifaschistische Kultur. In Tostedt haben es die Neonazis in den letzten Jahren vergeblich versucht, die BesucherInnen des Jugendzentrums zu vertreiben, doch zumindest hat die Anti-Antifa Kampagne der örtlichen CDU Rückenwind auf dem Weg zur Schließung des JUZ gegeben.

(ATIONAL-)DEMOKRATEN

informieren:

Die Anschrift der JN hat sich geändert, die neue Anschrift lautet:
Junge Nationaldemokraten
Brockenberg 5a
52223 Stolberg
Tel. + Fax [illegible]

Interessenten und Materialbesteller wenden sich bitte ab sofort an obiger Anschrift.

Mitte Februar erscheint ein neuer umfangreicher Materialkatalog, der für 1 DM in Briefmarken erhältlich ist.

Zum Aufbau eines Archives und zur Erstellung eines in unregelmäßigen Abständen erscheinenden Pressespiegels bitten wir um die Zusendung entsprechender, mit Erscheinungsdatum versehenden Zeitungsartikel.

Anti-Antifa

Seit einiger Zeit geistert die in Dänemark erscheinende Zeitung Einblick durch die Medien. Auch wir haben nun beschlossen mit unseren Gegnern den demokratischen Dialog zu beginnen. Als Maßnahme des reinen Selbstschutzes bitten wir um die Zusendung von bekannten Treffpunkten, Fotos, Adressen usw.. Bitte schickt diese Infos zu unserer Geschäftsstelle. Wir werden dann alle 2-3 Monate die Auswertung den einzelnen Verbänden zukommen lassen. Eine Anleitung zur Informationssammlung kann gegen 2 DM Rückporto bei uns bestellt werden.

gez. Wagner
Bundesgeschäftsführung

Auch die „Jungen Nationaldemokraten" beteiligen sich an der Anti-Antifa. Ihre neue Adresse ist identisch mit der des Hauptquartiers der „Wiking-Jugend"

Kommentar:

Stasi-Agent?

Wieder einmal ertönen die Fanfaren der Stasi-Jäger. Diesmal wurde der 81-jährige Journalist Kurt Hirsch geoutet. Er soll angeblich - so die ARD-Sendung „Panorama" - den ehemaligen Büroleiter des früheren SPD-Vorsitzenden Willy Brandt „abgeschöpft" haben.

Obwohl bisher keine Beweise für Hirschs Stasi-Kontakte vorgelegt wurden, beeilte sich der SPD-Pressedienst „blick nach rechts" (bnr) zu erklären, daß die bnr-Redaktion von diesem Vorfall nicht überrascht worden sei, schließlich habe der ehemalige Brandt-Büroleiter Klaus-Henning Rosen schon 1987 entsprechende Hinweise an den Verfassungsschutz weitergeleitet. Zu dieser Zeit war Hirsch aus dem Impressum des SPD-Pressedienstes verschwunden. Die Begründung seines Ausscheidens aus „gesundheitlichen und Altersgründen" möge man dem bnr nachsehen, erklärte Rosen für die bnr-Redaktion.

Hintergrund des ganzen dürfte weniger der angebliche Stasi-Kontakt Hirschs gewesen, sondern vielmehr dessen politische Einstellung sein. Daß Hirsch ein positives Verhältnis zur damaligen DDR und zu Kommunisten hatte, störte Leute, wie den heutigen Unterabteilungsleiter im Bonner Innenministerium, Rosen, selbstverständlich. Hirsch hatte, seiner Zeit (angeblich auch mit finanzieller Unterstützung der DDR) Nazi-Umtriebe in der BRD öffentlich gemacht. An der Authentizität seiner Veröffentlichungen wurden außer von faschistischer Seite keine Zweifel angemeldet. Im Gegenteil, 1984 hatte die SPD den Blick nach rechts sowie Hirschs Archiv übernommen und weitergeführt.

In den Broschüren des von Hirsch mitinitiierten „Pressedienst Demokratische Initiative" (PDI) wurden die Aktivitäten alter und neuer Nazis ebenso dokumentiert, wie die Kontakte z.T. prominenter konservativer PolitikerInnen (wie z.B. Franz-Josef Strauß, Alfred Seidel, Alfred Dregger) zur extremen Rechten. In seinem 1989 erschienenen Buch „Rechts von der Union" betonte Hirsch, „daß, wer sich mit rechtsradikalen Parteien, Gruppierungen und ihren Auswüchsen beschäftigt, aufgrund geschichtlicher Erfahrungen unglaubwürdig wird, wenn er nicht die fehlende Immunität Konservativer gegenüber rechtsradikaler Agitation aufzeigt".

Der PDI und mit ihm maßgeblich Kurt Hirsch haben mit der Archivierung rechtsextremer Propaganda und ihren publizistischen Gegenaktivitäten einen wesentlichen Grundstein für aktuelle Antifa-Recherche gelegt. Dieser Seite der PDI-Arbeit gilt heute der Angriff konservativer PolitikerInnen. Nach den Vorwürfen der Stasi-Zusammenarbeit gegenüber Engelmann und Wallraff wird jetzt gegen Hirsch zu Felde gezogen. Diesem neuerlichen Versuch, antifaschistische Arbeit zu kriminalisieren, sollten sich AntifaschistInnen - so meine ich - solidarisch an der Seite des Angegriffenen entgegenstellen.

Klaus Harbart

Göttinger Sieben/Autonome

„Ich bin Demokrat"

(Klaus Kunze zu einem Richter)



Der mittlerweile 39jährige Klaus Kunze, Rechtsanwalt in Uslar (Süd-Niedersachsen), kann auf eine lange Karriere in rechtsextremistischen Kreisen zurückblicken. Hier soll der Versuch gemacht werden, aufzuzeigen, daß Kunze nicht nur der einfache Rechtsanwalt ist, der ab und zu Neonazis juristisch vertritt, sondern selbst zu den Ideologen der „Neuen Rechten" gehört.

1974 wurde **Klaus Kunze** Mitglied der Kölner Burschenschaft „Germania". Diese gehört neben den Burschenschaften „Danubia" (München), „Bubenreuther" (Erlangen), „Ghibellinia" (Stuttgart), „Germania" (Marburg), um nur einige zu nennen, zu den Burschenschaften aus denen im Verlauf der nächsten Jahre ein Personenkreis hervorgehen sollte, der heute als Organisatoren und Ideologen in vielen Gruppen, Parteien oder Zeitungen rechts von der CDU/CSU engagiert ist. Die Burschenschaft „Germania" (Köln) ist Mitglied der „Deutschen Burschenschaft" (DB), der als Korporationsverband 1984 2.700 Studenten und 23.000 „Alte Herren" als Mitglieder angehörten.

1976 wird Klaus Kunze Mitglied des „Hochschulpolitischen Ausschuß" der DB. Dort trifft er u.a. auf **Uwe Behrend**, der dort den rechtsradikalen „Hochschulring Tübinger Studenten" (HTS) vertritt und später als Mitglied der „Wehrsportgruppe Hoffmann" den jüdischen Verleger Shlomo Levin sowie dessen Lebensgefährtin Frieda Pöschke ermordet. Auch **Gundolf Köhler**, der spätere Oktoberfest-Attentäter von München (13 Todesopfer), war zur gleichen Zeit als „Einzeltäter" Mitglied im HTS.

Zur inhaltlichen Ausrichtung der Burschenschaft „Germania" sei hier auf zwei Zitate, aus eigenen Festschriften, verwiesen:

- Ein Mitbursche Kunzes schreibt 1977, daß sie „während der VDS-Aktionstage im Dezember das mit riesigen Wandzeitungen zugehängte Philosophikum 'säuberten', d.h. die Wandzeitungen entfernten."
- „In diesem Zusammenhang muß unbedingt erwähnt werden, daß während der sogenannten Streiktage dank des massiven Einsatzes der öB (örtlichen Burschenschaften; d.V.), die mit rund 40 Buxen (Burschen-Eigenbezeichnung; d.V.) auftrat, mehrere Vorlesungen gerettet werden konnten. Totenbleiches Entsetzen im Gesicht sahen sich unsere Gegner außerstande, irgendwelche Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Zu nichts schienen die Herren Kommunisten weniger aufgelegt, als sich der geballten Kraft deutscher Burschen entgegenzustellen."

Nächstes Betätigungsfeld für Klaus Kunze, der übrigens als Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung sein Studium finanziert bekam, wurde der „Ring Freiheitlicher Studenten" (RFS). Als eines der Gründungsmitglieder wird er auch seine Zustimmung zu folgender Eigencharakterisierung gegeben haben, die denn auch folgerichtig in einer Festschrift der Burschenschaft „Germania" veröffentlicht wurde: „Bei diesem RFS handelt es sich um eine nationalliberale Gruppierung, die in den Ferienmonaten auf unserem Hause unter Teilnahme von acht Germanen nach österreichischem Vorbild ins Leben gerufen worden war. Fast alle Mitglieder dieser Vereinigung gehören einer Korporation an, in der Masse waffenstudentischen. Hier waren wiederum Burschenschafter in der Überzahl .... Mit den Aussagen der Burschenschaft waren die politischen Auffasssungen zumeist identisch. So trat er z.B. verstärkt für die Wiedervereinigung des deutschen Vaterlandes ein und lehnte jegliche marxistische wie auch sozialistisch-liberalistische Ideologie a priori ab."

(Anmerkung zum RFS Österreich: gegründet in den fünfziger Jahren; seitdem ist er mehrfach offen rechtsradikal in Erscheinung getreten. Der Bundesvorsitzende von 1953, **Norbert Burger**, wurde wegen terroristischer Aktivitäten in Südtirol mehrfach verurteilt.)

Zur Einschätzung des bundesdeutschen RFS einige unterschiedliche Stimmen:

„Der RFS ist eine faschistische Studentenbewegung" - so der ehemalige RCDS-(Ring Christlich-Demokratischer Studenten)-Bundesvorsitzende Jürgen Hardt.

„Nach dem vorliegenden Ermittlungsergebnis ist nicht davon auszugehen, daß die Behauptung, der RFS sei eine nazistische oder neofaschistische Organisation, unzutreffend ist. Dafür, daß der RFS dem Kreis rechtsextremistischer Gruppen zugeordnet werden kann, gibt es mehrere Hinweise." - (Beschluß des Amtsgerichts Münster)

„Die Reproduktion eines so erheblichen Teiles der ideologischen Grundelemente des klassischen Faschismus durch die heutige Neue Rechte, gegenüber deren Argumentationsmuster sich der RFS ... aufgeschlossen zeigt, wird man wohl ohne Zweifel eine neofaschistische Tendenz nennen müssen." (Prof. R.Opitz)

Klaus Kunzes Telefonanschluß dient 1979 in der Anzeige „RFS jetzt bundesweit" in der Zeitschrift „student" als Kontaktnummer. 1980 wird er Bundesvorsitzender des RFS, 1982 und 1984 ist er Mitglied des Bundesvorstandes. In der oben erwähnten Zeitschrift „student", die 1968 gegründet und eine Art „Bündnisorgan" wurde, wird Klaus Kunze Kölner Redakteur. Seine Zeitungstätigkeit beginnt er mit Artikeln über „Vererbungstheorie-Rassismus u. Hitlerfaschismus". Er befindet sich dabei in trauter Eintracht mit **Franz Schönhuber, Günther Deckert** (heute Vorsitzender der NPD), **Armin Mohler** (Theoretiker der Neuen Rechten), **Gerhard Löwenthal** (ehemaliger Vorsitzender des Kuratoriums der „Konservativen Aktion") und den CDU/CSU-Politikern **Strauß, Dregger, Rühe, Todenhöfer** und **Spranger**. Nebenher tritt Kunze, als ehemaliges Mitglied der CDU (bis 1979), in die FDP ein. (RCDS-"votum" Nr.21/81)

Seine nächsten Schritte führen Klaus Kunze zu den „Republikanern". Hier publiziert er über mehrere Jahre hinweg im Zentralorgan „Der Republikaner" und kandidiert bei den niedersächsischen Landtagswahlen 1989. Im Jahr 1990 wird er zum Landespressesprecher, der Göttinger **Werner Haase** wird niedersächsischer Landesvorsitzender. In „Der Republikaner" vom April 1989 beklagt Kunze „eine Justiz, die mit den Mitteln des Strafrechts gewisse Behauptungen zur jüngeren Vergangenheit als historische Wahrheit verteidigt und wegen Beleidigung verurteilt, wenn jemand falsch rechnet." Angesichts dessen, daß er selber den Holocaust als „Rechenproblem" bezeichnet und einen Aufruf unterschrieb, in dem Straffreiheit für das Aufstellen der These von der sogenannten „Auschwitz-Lüge" gefordert wurde, ist die Intention dieses Artikels mehr als deutlich. Ansonsten schrieb er in „Der Rebublikaner" über „Nur noch Ewiggestrige sind gegen die Einheit" (1990) oder unter dem Titel „Die deutsche Karte" (7/89) zum Besuch von Michael Gorbatschow 1989 in der BRD: „Wer aber gut unterrichtete Quellen hat und zwischen den Zeilen offizieller Stellungnahmen liest, erkennt in der Politik der Bundesregierung einen Abgrund, den ich nur aus juristischen Gründen nicht als 'Landesverrat' zu bezeichnen wage."

Oder unter dem Titel „Umdenken nach rechts" (6/89): „Eine Denkweise in Kategorien von Legehennenbatterien und Agrarsubventionen kann in dem erschreckenden Geburtenrückgang und 255.000 abgetriebenen Kindern jährlich nichts weiter erkennen als eine Gefahr für die künftige Altersversorgung und das Bruttosozialprodukt. Wenn es das nur wäre! Dann läge Innenminister Schäuble richtig mit seiner Forderung, die von der Gebärmüdigkeit hervorgerufenen Lücken durch Ausländerzuzug aufzufüllen." (sic!)

Mittlerweise schreibt Klaus Kunze nahezu in jeder Ausgabe der „Jungen Freiheit" und konzentriert sich in seinen Artikeln auf eine Kritik am „Parteienstaat". Er vermischt dabei geschickt die allgemeine Mißtrauensstimmung gegen Parteien mit seinen neofaschistischen Ideen:

„Ich habe die RCDS-Köfferchenträger schon vor 15 Jahren verachtet, ..., beispielsweise den jetzigen CDU-MdB Friedbert Pflüger. Prinzipienlos und anpassungsfähig, nicht klug, aber schlau, physiognomisch satt, doch in dauernder Erwartung weiterer Sättigung... Carl Schmidt hatte schon 1923 geschrieben, die parlamentarische Politik sei zum weithin verachteten Geschäft einer weithin verachteten Klasse von Menschen geworden...". („Im Westen nichts Neues", JF Nr.7/ 8-92)

Carl Schmidt war ein Theoretiker einer Gruppe Intelektueller, die unter dem Begriff „Konservative Revolution" zusammengefaßt werden und als ideologische Wegbereiter des Nationalsozialismus gelten. Aus einer konsequenten Ablehnung der parlamentarischen Demokratie wurde der „Liberalismus" und ein „falscher Freiheitsbegriff" zum Hauptangriffsfeld dieser elitären Zirkel.

An anderer Stelle heißt es bei Kunze: „Der liberale Parteienstaat ist aus systembedingten Schwächen an den ersten ernsthaften Problemen seit seiner Gründung 1949 gescheitert..." (JF Nr.10/92). In dem Artikel „Der totale Parteienstaat" wird das politische Weltbild von Kunze sehr klar formuliert: „Das politische Establishment der West-BRD ist dabei die Existenz des deutschen Volkes zu beenden" - so seine zentrale These - weil, „Alliierte Umerziehung und das Perpetuum mobile der Vergangenheitsbewältigung produzieren massenhaft den Typus eines Deutschen, der sich selbst so häßlich findet, daß er sich selbst nicht mehr ertragen kann: bis zum Selbsthaß Kranke, die nachts herumschleichen und 'Deutschland halt's Maul!' an Wände schmieren." Und an anderer Stelle: „Dem geplanten multikulturellen Genozid am deutschen Volk entspricht im politischen Bereich die eingeleitete Entmündigung und Unterstellung unter die Brüsseler Bürokratie. Wie durch Millionen fortpflanzungsfreudiger Türken und anderer moslemischer 'Mitchristen' in deutschen Zentren irreversible Fakten geschaffen werden sollen, ...". Den Ausweg sieht er u.a. im Verfassungsentwurf von **Reinhold Oberlercher**, der in seiner sogenannten „Reichsverfassung" den Führerstaat propagiert, an dessen Spitze „der berechtigte Anwärter auf den deutschen Königsthron oder auch ... ein Führer aus dem Volk stehen kann". (Art. 6)

Diese faschistische Gesinnung Klaus Kunzes findet sich in vielen weiteren Äusserungen wieder. So schreibt er zum neuen Verfassungsentwurf für Niedersachsen (vorgelegt von SPD und Grünen): „Niedersachsen darf sich also künftig in allen gesellschaftlichen Bereichen auf ein Bevorzugungsmodell freuen, nach der Einarmige quotenmäßig Bevorzugung bei der Wahl des Schützenkönigs beanspruchen können, Junggesellen einen Geschlechterproporz im Vorstand der Landfrauen und Türken bevorzugte Berücksichtigung bei der Aufnahme ihrer Kinder im Gymnasium verlangen können". (JF Nr.4/92)

Zu den Pogromen von Hoyerswerda fällt ihm in einem Leserbrief an die „Junge Freiheit" (Nr.10/91) folgendes ein: „Hoyerswerda - das waren nicht nur ein paar wirre Glatzköpfe mit Springerstiefeln. Es war die um Arbeit, Ausbildungsplätze und Wohnraum betrogene Jugend der Kreisstadt, die mit Steinwürfen ausdrückte, was dort auch die Älteren denken. ... Was sich über deutschen Stammtischen zusammenbraut, ist mit 'Nacht der langen Messer' nur unzureichend beschrieben. ... Ich schaffe es nicht, Ausländer zu hassen. ... Die anderen kommen. Gott schütze das deutsche Land".

Auch in einem weiteren rechtsradikalen Publikationsorgan, den „Staatsbriefen", die von **Hans-Dietrich Sander** herausgegebgen werden, schreibt Kunze regelmäßig, ebenso wie der bereits erwähnte Reinhold Oberlercher. Letzterer, in den achtziger Jahren ständiger Mitarbeiter in nationalrevolutionären Gruppen, gehört mit zu den Gründern der „Denkfabrik Europa der Völker". Hier stellte er seinen „Reichsverfassungsentwurf" vor. Der Nationalrevolutionär **L. Penz** referierte dort zum Thema „Das souveräne Deutschland braucht ein souveränes Volk", der „Grundsatzpolitische Referent" von **Jörg Haider**'s „Freiheitlicher Partei Österreich" (FPÖ) erläuterte „Entwicklungen in Österreich" und auch Klaus Kunze glänzte mit dem Beitrag „Gibt es überhaupt einen idealen Staat?" (3.Tagung, 2.-3.Mai 1992 in Berlin).

Interessant in diesem Zusammenhang ist noch, daß ein Buchmanuskript Kunzes („Kritik am Parteienstaat") von dem ebenfalls „Neurechten" Cheflektor **R. Zitelmann** bei Ullstein abgelehnt worden ist (vergl. „Staatsbriefe", 7/8-92).

Um das Bild des ehemaligen Schutzpolizisten Klaus Kunze abzurunden ein kurzer Hinweis auf seine Arbeit als Rechtsanwalt. So vertrat er mehrmals den nach Österreich ausgewiesenen Schläger und ex-NPD'ler, ex-FAP-Landesvorsitzenden **Karl Polacek**. Juristischen Schutz von Kunze gab es auch für den früheren hannoverschen FAP-Kreisvorsitzenden **Siegfried Müller** und den momentanen niedersächsischen FAP-Landesvorsitzenden (und Verhandlungsführer mit der Polizei in Fulda, August 1993) **Thorsten Heise**, der u.a. wegen der versuchten Tötung eines Asylbewerbers angeklagt war. FAP-Mitglied **Stefan Koller**, der vor einigen Jahren auf Polizisten geschossen hatte gehört ebenso zu seinen Klienten wie der Ideologe und NPD-Funktionär **Hans-Michael Fiedler** aus Adelebsen bei Göttingen. Fiedler, schon Anfang der achtziger Jahre durch das Aufstellen von „schwarzen Listen" über AntifaschistInnen, JournalistInnen und GewerkschafterInnen in Erscheinung getreten, wurde bei seinen Anti-Antifa Bemühungen tatkräftig von Klaus Kunze unterstützt. Beide prozessierten 1988 gegen den AStA der Uni Göttingen wegen eines Antifa-Plakates. Ebenso zogen sie wegen des Buches „Der zweite Frühling der NPD" gegen ein Mitglied des BundessprecherInnenrates der VVN-BdA vor Gericht.

Horst Freires

Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 20. März wird der Stimmzettel von rechtsextremen Parteien weitgehend verschont bleiben. So kandidieren die Republikaner nur im Kreis Rendsburg-Eckernförde und für das Lübecker Stadtparlament. Die NPD möchte in den Kreistag von Herzogtum-Lauenburg einziehen. Außerdem versucht sich in zwei Gemeinden erstmals die Partei „Aufbruch '94 - Deutscher Freier Wählenbund", nämlich in Wiemersdorf und Kaltenkirchen.

Für die von **Emil Schlee** gegründete Partei „Aufbruch '94" ist es ein erster Test auch für die Europa- und Bundestagswahlen. Sie gibt sich als bürgerlich-konservativ mit vielen ehemaligen CDU-Mitgliedern. Wer aber hinter diese unverfängliche Fassade blickt, der erkennt allein schon durch die Person Emil Schlee (als Republikaner ins Europa-Parlament eingezogen, ehemaliger REP-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein mit kurzem Gastspiel bei den „Patrioten") den wahren Charakter. Unterstützung findet „Aufbruch '94" besonders aus der Ecke der Vertriebenen. Landesvorsitzender ist **Alexander von Waldow** aus Eckernförde.

Die Republikanerkandidaten sind bereits aus früheren Wahlen bekannt. Darunter steht auch wieder **Hans-Werner Lepthien** aus Nortorf, der als Verehrer von Rudolf Heß persönlich in Wunsiedel am Heßgrab einen Kranz niederlegte. Er ist außerdem bekannt als Gastgeber für Ludendorffer-Veranstaltungen in seinem Café. Mit ihm kandidiert auch seine Frau **Fridrun-Dietlind Lepthien** und aus der gleichen Familie **Ruth Lepthien**. Interessant ist auch die Kandidatur von **Sunnihilld Wellmer** aus Westensee, die zur Europawahl noch für die von Dr. **Horst Göttig** aus Göttingen geführte „Öko-Union - Deutsche Solidarität, Union für Umwelt- und Lebensschutz" antrat. Aktuelle REP-Kandidaten, die auch schon bei vorherigen Wahlen in der Partei in Erscheinung traten, sind: **Ludwig Battige** (Rendsburg), **Peter Thyen** (Bargstedt), **Hugo Götzen**, **Kurt Will** (beide Westerrönfeld), **Wilhelm Brunswick** (Nübbel), **Klaus Peters** (Damendorf), **Frieda Krusenbaum** (Rendsburg), **Artur Völkel** (Rendsburg). **Heinz Bittiehn, Henning Kledzinski, Oswald Konrad Becker, Hennig Raffel** (alle Lübeck). Lübeck war durch Bundesgrenzschutzverbindungen auch schon in der Vergangenheit eine REP-Hochburg. Landesvorsitzender ist **Peter Michael Jensen** (Itzehoe). In Itzehoe sitzt auch die Landesgeschäftsstelle der Partei, die dort aber nicht kandidiert.

Zudem stellen sich unzählige Wählergemeinschaften den WählerInnen. Bisherige Unterwanderungen von rechtsaußen sind noch nicht enttarnt worde. U.a. geht die „Stattpartei" auf Stimmenfang.

Jörg Hemmers

Rudolf-Hess Fan in Oldenburger Kindergarten:

Die Kirche duldet Kelten-Kreuz und White Power-Ketten im Dienst.

Auf einem Fortbildungsseminar für Zivildienstleistende in Hude fiel der 20jährige **Arno Paulo** seinen Kollegen auf, weil er eine „White Power"-Halskette und ein T-Shirt mit einem Keltenkreuz trug. Nebenbei wurde von ihm und anderen Teilnehmern exzessiv Musik der Fascho-Band „Störkraft" gehört. Von anderen Kollegen auf T-Shirt und Kette angesprochen, bestätigte Paulo, daß es sich nicht um ein zufälliges Out-fit handle, sondern, daß er gegen die Vermischung von Rassen sei. Die Anschläge von Mölln und Solingen, so Paulo zu den verblüfften Mit-Zivis, haben der „nationalsozialistischen Bewegung" nur geschadet. Das war einigen Kollegen zu viel des Guten. Sie beschwerten sich beim Vorstand des Diakonischen Werkes in Oldenburg. Ohne Erfolg. Selbst die Gewißheit, daß Paulo schon mehrfach an militanten Aufmärschen der Neo-Faschisten teilgenommen hatte, konnte weder die Kirche noch ein Mitglied des Bundesamtes für den Zivildienst aus Bonn überzeugen. Arne Paulo darf weiter in einer Einrichtung seinem Dienst nachgehen, auch wenn er dabei genau das tun muß, was er kategorisch ablehnt, Kinder aus Ehen zwischen Farbigen und Weißen zu pflegen.

Angefangen hat Paulo in der Hool-Szene. Er verpaßte sich nach seinem Abschluß auf der Oldenburger Waldorfschule das Out-Fit eines Skins und schloß schnell Kontakt zur örtlichen Szene, insbesondere zu dem als Nachfolger des inzwischen inhaftierten **Thorsten de Vries** fungierenden **Tim Binar**. Klar, daß Paulo am Kampftag des inzwischen verbotenen Deutschen Kameradschaftsbundes (DKB) am 23.05. 1992 in Wilhelmshaven aktiv teilnahm, ebenso marschierte er lauthals „Ausländer raus!"-gröhlend am 14. August 1993 durch das katholische Fulda. Mit Bildern seines Auftrittes konfrontiert, zog Paulo sich auf die Image-Pflege eines „braven Nationalgesinnten" zurück. MitarbeiterInnen, die sich nun konsequent kritisch mit ihm auseinandersetzten, erklärte er, daß er nur „beobachtend" an solchen Aufmärschen teilnehme.

Unverständlich bleibt die Reaktion seines Arbeitgebers, des Diakonischen Werkes. Mit Hinhaltetaktik, merkwürdiger Kontaktaufnahme zur örtlichen Polizei, die nicht gerade mit antifaschistischer Gesinnung glänzt, wurde bisher versucht, den Neo-Faschisten im Hause zu halten. Das angestrebte Ziel ist die Integration eines überzeugten Rassisten und gewieften Neo-Faschisten auf Kosten von anderen Mitarbeitern weiter zu beschäftigen. Während vor den Haustüren der Kritiker schon „Kameraden" des Arne Paulo mit vermummtem Outfit und bewaffnet lauerten, kann Arne Paulo seelenruhig einer Tätigkeit nachgehen, der er von seiner Einstellung her gar nicht gewachsen ist. Das alles mit dem Segen der evangelischen Kirche.



Arno Paulo beim Hess-Gedenkmarsch

Kontakte

Der frühere bayerischen Ministerpräsident **Max Streibl** traf sich -wie erst jetzt bekannt wurde- Mitte November letzten Jahres in seinem Privathaus im oberbayerischen Wildsteig mit **Franz Schönhuber**, ehedem bei der Waffen-SS, heute Bundesvorsitzender der „Republikaner".

Streibl, bis März noch Vorsitzender des einflußreichen CSU-Bezirksverbandes Oberbayern, teilte Schönhuber, dessen Partei in Bayern vom Verfassungsschutz beobachtet wird, mit, daß er sich künftig weitgehend aus der Politik zurückziehen werde und sich „nicht mehr in CSU-Dinge einmischen" wird.

„Rechtskampf"

Michael Swierczek, Herausgeber der Neonazi-Postille „Rechtskampf" (Untertitel: „Informationen zum Stand der Klagen gegen die Parteienverbote"), zieht in der Dezember-Ausgabe seines Blattes „Bilanz" der „Verbotswelle" gegen rechtsextreme Organisationen (NF, DA, NO). Danach ist es aus seiner Sicht werder gelungen, die früheren Anhänger der verbotenen Organisationen zu „kriminalisieren", noch „die revolutionäre Rechte zu zerschlagen". Stattdessen habe die Neonazi-Szene als Konsequenz den „organisatorischen Zusammenhalt" aufgegeben und es den zuständigen Organen so „schwerer für rechtswidrige 'Staatsschutzunternehmungen' gemacht."

Schwerpunkt der aktuellen „Rechtskampf"-Ausgabe ist ein Artikel über die „Russische Nationale Einheit" (RNE) und deren Führer **Alexander Petrowitsch Barkaschow**, der zwischenzeitlich allerdings in Moskau inhaftiert ist.

Ohne Genehmigung

Ohne Genehmigung hat die „Junge Freiheit" (JF) in ihrer ersten Wochenausgabe eine Rede des SPD-Landesvorsitzenden Steffen Reiche veröffentlicht. Reiche will jetzt mit juristischen Mitteln den JF-Chefredakteur **Dieter Stein**, einst Mitarbeiter der Neonazi-Postille „Freie Umschau", bei der auch der Kühnen-Vertraute **Michael Krämer** mitarbeitete, zum Abdruck des Eingeständnisses zwingen, daß die Rede ohne sein Wissen und gegen seinen Willen in der JF erschienen ist. Der Sozialdemokrat hält es für notwendig, die Strategie der JF-Macher und ihrer Sponsoren bloßzulegen: Das Blatt versuche, Prominente als Autoren zu gewinnen oder mit Positionen zu zitieren, um rechtsextremen Auffassungen Reputation zu verschaffen.

Personalwechsel

Die „Deutsche Rundschau" (DR), monatlich erscheinende Hauspostille der rechtsextremen „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DL; ca. 1000 Mitglieder), hat im Januar 1994 sowohl den Geschäftsführer als auch den Verlag und Vertrieb gewechselt.

Geschäftsführer ist nun **Peter Dehoust** (bisher **Franz Glasauer**, Ex-DL-Landesvorsitzender von Bayern), Verlag und Vertrieb laufen über die „Nation Europa Verlag GmbH" in Coburg (bisher die von Glasauer geführte RVG Verlags-und Vertriebs GmbH in Landshut), deren Geschäftsführung ebenfalls Dehoust innehat.

DR-Chefredakteur ist nach wie vor **Karl Richter**, seit September 1993 stellvertretender Landesvorsitzender der DL in Bayern. Dehoust, DL-Bundesvorstandsmitglied, ist zugleich Mitherausgeber und Redaktionsmitglied der Monatszeitschrift „Nation+Europa" (NE), die als führendes ideenpolitisches Organ bundesdeutscher Rechtsextremisten jeglicher Couleur gilt. Verantwortliches Redaktionsmitglied der NE-Mannschaft ist Karl Richter.

Seit Jahresbeginn erscheint die rechtsradikale Postille „Junge Freiheit“ (JF) als Wochenzeitung. Göttinger AntifaschistInnen nahmen dies zum Anlaß, lokalen Bezügen der JF nachzugehen.

Andreas Molau und die „Deutsche Hochschulgilde Trutzburg Jena zu Göttingen“

Andreas Molau, Jahrgang 1968, studiert seit 1988 Deutsch und Geschichte in Göttingen. Er ist bei der „Jungen Freiheit“ verantwortlicher Redakteur für den Bereich „Kultur“. Neben Buchbesprechungen und Debatten über einen rechten Kunstbegriff, siniert er z.B. in der Mai-Ausgabe 1993 über die (aus seiner Sicht) Notwendigkeit einer „konservativen Revolution“ in den Köpfen der Menschen, um die zunehmende Gewalt (an den Schulen) zu beenden. Er wendet sich dabei eindeutig gegen „den Anspruch einer verstärkten Demokratisierung der Schulen“.

Ein weiteres Beispiel für seine redaktionelle Tätigkeit bringt die Oktober-Ausgabe 1992, in der er, in Bovenden bei Göttingen, ein Interview mit einem weiteren sehr aktiven Kopf der „Neuen Rechten“ (und Vordenker der JF) **Karl Heinz Weißmann** durchführte. Schon 1990 war Andres Molau (Kürzel A.M.) beim „Göttinger Zirkel“ in Erscheinung getreten. Eine Zeitung, die schon einmal Mitte der 80er Jahre als lokales Sprachrohr rechtsextremer Burschenschaften diente. Im neuaufgelegten „Göttinger Zirkel“ erinnert A.M. daran, daß von „deutschen Universitäten,..., einmal revolutionäre Bewegungen aus(gingen).“ „Freilich sind damit nicht die 68er Studentenunruhen gemeint“, sondern ganz im Geiste der Burschengeschichtsschreibung die 1912 gegründeten Turner- und Burschenschaften, die unter dem Motto „Berufen von der Natur, um in Europa der Wächter des Lichts, der Freiheit und der völkerrechtlichen Ordnung zu sein“ nach Hambach zogen. Diesen „Idealen“ verbunden ist 1993 von Molau ein Buch erschienen, in dem er sich auf 194 Seiten über **Alfred Rosenberg** ergeht. Rosenberg war einer der miesesten Ideologen des Nationalsozialismus und späterer Initiator des „Instituts zur Erforschung der Judenfrage“. Schuldig befunden, Kriegsverbrechen begangen zu haben, wurde er am 16.10.1946 hingerichtet. Molau setzt in dem Buch den Versuch „neurechter“ Historiker fort, die Geschichte umzuschreiben. Rosenberg, der innerhalb des nationalsozialistischen Machtapparates umstritten war (Himmler und Goebbels waren die im Kampf um die Macht erfolgreicher Konkurrierenden), eignet sich für solche Versuche genau so, wie all die anderen Opponenten innerhalb des Machtzentrums. Nachdem Revisionisten, wie **Ernst Nolte** oder **David Irving** die Kriegsschuld leugneten, setzte innerhalb der Rechten eine Welle von Versuchen ein, über sogenannte Oppositionelle innerhalb des NS, die nationalsozialistische Ideologie wieder „hoffähig“ zu machen. Erinnert sei hier an die jährlich stattfindenden „Rudolf-Heß-Gedenkfeiern“ oder an die Veröffentlichungen über die Gebrüder Strasser. So ist es von Molau nur konsequent, daß sein Druckwerk im nationalrevolutionären „Verlag S. Bublies“ erscheint.

Molau ist Mitglied der deutschen Hochschulgilde „Trutzburg Jena zu Göttingen“. Die deutsche Hochschulgilde, die es nicht nur in Göttingen gibt, sieht sich in einer „bündischen“ Tradition. Ihre Wurzeln sind in der zur Zeit der Weimarer Republik von **Ernst Anrich** gegründeten Gilde „Ernst Wurche“ zu suchen. Ernst Anrich war aktiv im NS-Studentenbund und wollte die Jugendarbeit am bündischen Leben ausrichten. Konflikte mit Reichsjugendführer **Baldur von Schirach** (bzw. eine gescheiterte Intrige gegen Schirach) führten zum Ausschluß aus der NSDAP. Trotzdem wurde er immer wieder von führenden Nazis (wie Himmler und Heydrich) zur Schulungsarbeit der NSDAP herangezogen.

Auch heute noch gratuliert die deutsche Hochschulgilde in ihren „Blätter der deutschen Gildenschaft“ Ernst Anrich zum Geburtstag, der ab 1965 Chefideologe der NPD und ab 1966 Mitglied in deren Parteipräsidium war.

Ihre Kontinuität wahrte die Gildenschaft auch nach Ende des 2. Weltkrieges. So bestand Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre eine enge Anbindung an die NPD bzw. den Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB). Hinzu kommen vielfältige Verbindungen zu anderen Organisationenaus dem revanchistischen bis offen faschistischen Spektrum, die bis heute bestehen, z.B. zur „Sudetendeutschen Landsmannschaft, zur „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM)“, zum „Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)“ oder eben zur JF. Neben Molau sind zwei weitere Redaktionsmitglieder in der deutschen Hochschulgilde organisiert. Der Redakteur **Martin Schmidt** und der Chefredakteur der JF, **Dieter Stein**, sind Mitglied der Freiburger Gilde „Balmung“. Auch der bereits erwähnte K.H. Weißmann ist übrigens Mitglied der deutschen Hochschulgilde.

Nochfolgeorganisation: „FREIHEITLICHE NATIONALE PARTEI“ (FNP)

„Wer deutsch denkt, deutsch fühlt und will, daß es mit Deutschland wieder bergauf geht, der ist bei der Freiheitlich Nationalen Partei richtig!“, ist in einer Anzeige im neonazistischen Fanzine „Der Pranger“ (Sitz im ostsächsischen Sebnitz) zu lesen. Der Vorsitzende der FNP (Sitz:Dresden), ein Dr. **Johannes Hertrampf**, ist zugleich auch Autor in dem Schmuddelblättchen, das von antisemitischem und verfassungsfeindlichem Gedankengut nur so strotzt. Publizistisch betätigt sich Hertrampf auch im monatlich erscheinenden Periodikum „Nation+Europa“; so plädiert er in der jüngsten Ausgabe (2/1994) für ein „Ja zur nationalen Zukunft!“.

In Flugblättern der FNP wird dazu aufgefordert, die Bonner Regierung abzuwählen und stattdessen die „Freiheitliche Nationale Partei“ zu unterstützen. Ebenso wird eine „zügige Rückführung der Leihbeamten“, die „Einführung einer Autobahn-und Straßenbenutzungsgebühr für ausländische Fahrzeuge“ sowie die „Einstellung der politisch motivierten Geldzahlungen an das Ausland“ gefordert. Nach Angaben des „Pranger“ gab es im letzten Jahr ein Treffen zwischen Hertrampf und **Armin K. Haas**, Vorsitzender der „Thüringer Vokspartei“ (TVP), einer Abspaltung der DSU. Ein Treffen mit der „Bayernpartei“ sei auch in Planung. Beim Aufbau der FNP mit dabei ist auch **Constantin Mayer**, ehemaliger Landeschef der verbotenen „Nationalen Offensive“ (NO).

„Die echten und die falschen Rechten!“

Franz Schönhuber, REP-Bundesvorsitzender und Europa-Parlamentarier, hat in der jüngsten Ausgabe seines Parteiorgans (1/1994) „Überlegungen zur Zusammenarbeit im Europäischen Parlament“ angestellt. Angesichts der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament prophezeit Schönhuber jetzt bereits, daß der „rechte Block“ in Straßburg „ein starker“ sein wird. Die österreichische FPÖ bezeichnet Schönhuber als „Rechte, die keine Rechten sein wollen“, dem italienischen MSI bescheinigt er „Standfestigkeit und Klugheit“, die französische FN wird als „eine stabile Organisation“ gelobt und die Wahlchancen für den belgischen „Vlaams-Blok“ als „gut“ bewertet.

Bezüglich einer Zusammenarbeit mit der DVU schreibt der REP-Chef: „Es bleibt dabei: wir sind zwei unterschiedliche, voneinander unabhängige Parteien. Das Umfeld von Dr.Frey ist nicht das unsere.“

Schönhuber bezeichnet Frey in seinen „Überlegungen“ als „außergewöhnlich geschickten Propagandisten“. Den „Beweis“ für Freys „Geschick“ sieht Schönhuber darin, „daß er es meisterhaft verstanden hat, den Umstand zu kaschieren, daß die DVU vor allem aus seiner Person, seinem Geld und den Abonnenten seiner Zeitung besteht.“ Eine Zusammenarbeit mit dem „Russen **Schirinowskij**“, wie von der DVU praktiziert, lehnt Schönhuber ab.

Oskar Traugott

NPD-Europa-Parteitag im hessischen Ehringshausen

Am 15.01.1994 fand der Europa-Parteitag der NPD in der Volkshalle in Ehringshausen statt. Die Genehmigung für den Parteitag durch den Gemeindevorstand erfolgte am 20.12.1993. Bürgermeister Eberhard Niebch (parteilos) sah keine legale Möglichkeit, „ein solches Ansinnen abzulehnen". Dem stünden Verwaltungsgerichtsurteile entgegen. Außerdem hätte ein Gerichtsverfahren im Vorfeld größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit auf sich gezogen. Die Folge davon hätte sein können, daß autonome Gruppen nach Ehringshausen gereist wären und es zu gewalttätigen Ausschreitungen hätte kommen können. Doch diese „Argumente" waren offensichtlich nur vorgeschoben, denn Niebch ist ein Bürgermeister von „NPD-Gnaden".

Niebch, von CDU, FWG und NPD gewählter Bürgermeister, versteckt sich hinter juristischen Argumenten. Auch nach der hess. Kommunalwahl 1993, bei der die NPD in Ehingshausen mit 13,6 Prozent das drittbeste Ergebnis in Hessen erzielte, sind die vier NPD-Abgeordneten (vorher zwei) ein fester Bestandteil der Ehringshausener Kommunalpolitik. So wurde z.B. **Doris Zutt** (Stadtverordnete, stellv. hess. Landesvorsitzende und im Bundesvorstand der NPD) mit Stimmen von CDU und FWG zur Vorsitzenden des Umweltausschusses gewählt. Der damalige NPD-Landesvorsitzende **Winfried Krauß** drückte es im Januar 1993 deutlich aus: *„Dort regieren wir mit"*.

Eine größere Öffentlichkeit wurde erstmals am 13.01.94 auf den Parteitag aufmerksam, als in SAT 1 darüber berichtet wurde. **Wladimir Schirinowskij**, der von der DVU geförderte rechte Vorzeige-Russe, war lt. NPD-Chef **Günter Deckert** ebenfalls eingeladen. Organisiert wurde der Parteitag von der Ehringshausener NPD-Fraktion unter Federführung von Doris und **Alfred Zutt** (Kreisvorsitzender der NPD Lahn-Dill).

In kurzer Zeit versuchten DGB, SPD, Grüne und besonders die „Jugend gegen Rassismus in Europa" (JRE) eine Gegendemonstration auf die Beine zu stellen. Das es für die GegendemonstrantInnen ein schwerer Tag werden würde, war schon vorher klar. Der Gießener Polizeipräsident Manfred Meise kündigte an, die Polizei werde „das Grundrecht der Versammlungsfreiheit schützen" und auch „den Sicherheitsinteressen der Bevölkerung" (darunter 628 NPD-WählerInnen, d.V.) nachkommen. So kam es dann auch. Bereits um 7 Uhr waren die Einsatzkräfte vor Ort. Hundertschaften aus Hessen und Thüringen mit Wafferwerfern riegelten die Zufahrtsstraßen ab und machten aus dem Städtchen eine Festung. Gefahr drohte auch von NPD-Seite. Ca. 30 militante Neonazis trafen sich um 8.00 Uhr mit Deckert in der Volkshalle und besprachen den Saalschutz. Die Gegendemonstration mit ca. 250 TeilnehmerInnen (lt. Deckert „Polit-Touristen", Deutsche Stimme 2/94) begann gegen 9.30 Uhr, wurde vom DGB aber bereits um 11.00 Uhr für beendet erklärt!

Danach konnten die rund 180 NPD-Delegierten und 300 Gäste (lt. Deutsche Stimme 2/94) ungestört tagen. Die ersten Plätze der 25köpfigen Kandidatenliste belegen **Günter Deckert**, Doris Zutt, **Frank Golkowski** (Thüringen), **Ellen-Doris Scherer** (Saarland) und **Udo Voigt** (Bayern).

Die Einwohner des Dorfes standen, wie nicht anders zu erwarten, der Demonstration feindlich gegenüber. Auch lokale CDU-bzw. FWG-Politiker ließen sich bei der Demonstration nicht sehen. Die Stimmung während der Demonstration wurde in einem Leserbrief in der Wetzlarer Neuen Zeitung (WNZ) wie folgt beschrieben: *„Wir haben uns auf der Demonstration gegen den NPD-Parteitag gefühlt, als seien wir im falschen Staat. ...Wir Demonstranten wurden gefilmt und von der Polizei ins Visier genommen. Von den Brandstiftern im Saal wurden keine Fotos gemacht"*.

Die Polit-Posse ging (und geht) auch nach dem NPD-Parteitag weiter. Der stellv. Parlamentsvorsitzende Erhard Henrich (SPD), ebenfalls von der NPD gewählt, trat am 20.01.94 von seinem Posten zurück. Begründung: *„Ich bin zwar immer noch der Auffassung, daß die NPD mich damals irrtümlich gewählt hat. Aber nachdem sich diese Partei mit Gegnern des deutschen Volkes verbündet hat, kann ich das Amt nicht mehr begleiten"*. Gemeint hatte er wohl die Einladung an Schirinowskij.

In dieser Parlamentssitzung bedankte sich Doris Zutt bei FWG und CDU, daß sie sich „gesetzestreu verhalten haben". Bleibt anzumerken, daß die Rolle der SPD sehr zweifelhaft war, denn spätestens am 20.12.1993 wußte sie von dem bevorstehenden Parteitag, informierte aber nicht die Öffentlichkeit bzw. machte keine Versuche, das Treffen juristisch zu verhindern.

Weitere Folgen des Parteitages: AntifaschistInnen im Lahn-Dill-Kreis werden verstärkt bedroht, ein 17jähriger Ehringshausener sprühte am 19.01.1994 auf eine Flüchtlingsunterkunft in Kölschhausen (Ortsteil von Ehringshausen) ausländerfeindliche Parolen.

Moderne Zeiten?

Mit der üblichen Verspätung erschien die neueste Ausgabe der „Modernen Zeiten" (MZ). Im Vordergrund stehen dieses Mal die Bands „Rheinwacht", Düsseldorf, „Bomber" aus dem sächsischen Meerane, „Boots Brothers" um den Delmenhorster **Sebastian Walkenhorst**, „Entwarnung" aus Wuppertal, „Drom" aus dem pfälzischen Laumersheim, „Noie Werte" aus Stuttgart und die aufgelöste „Tonstörung" aus Mannheim. Neben den Tonträgern der genannten Gruppen finden sich auf vier Werbeseiten die Produkte von vielen Dutzend Bands. Abgedruckt wird in den aktuellen zwölfseitigen MZ auch ein ganzseitiges Interview mit dem Neonazi **Andreas Gängel**. Gängel, ehemaliger Kader der verbotenen „Nationalistischen Front" und Macher des indizierten Skinzines „Endsieg", produziert rechte Bands wie „Toitonen", „Diktator", „Triebtäter" oder „Widerstand" und betreibt vom badischen Bruchsal aus einen Versandhandel („Endsieg Versand") mit Tonträgern, brauner Literatur und Szene-Devotionalien. In der neonazistischen Skin-Szene bleiben die „Modernen Zeiten" weiterhin umstritten. So bezeichnet **Dieter Riefling**, Kreisbeauftragter der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) Recklinghausen und ehemaliger Aktivist der FAP-Abspaltung „Ruhrfront", die Verantwortlichen der MZ als die „Freys unter den Skins".

Etikettenschwindel

Hans-Michael Fiedler, Studienleiter des „Studentenbundes Schlesien-Gesamtdeutscher Jugendbund" (SBS) und presserechtlich Verantwortlicher der „Nachrichten" des SBS, hat seine in rechten Kreisen beliebte „Anti-Antifa"-Rubrik in „Demokratischer Dialog" umbenannt. In den „Nachrichten" (Nr.16/17 SBS) schreibt der NPD-Funktionär, zugleich Schriftleiter des „Niedersachsen-Spiegel", der Vierteljahreszeitschrift der NPD Niedersachsen: „Seit der 1.Ausgabe der SBS-Nachrichten gab es bei uns die Rubrik 'Anti-Antifa'. Wir waren die ersten, die mit Sachkenntnis und Überlegung darangingen, die Rufmord-und Nachredezentralen der Linken sowie ihre Einstieg-und Verleumdungsspezialisten zu benennen, zu kennzeichnen und öffentlich zu machen." Fiedler weiter: „Der bisherige Erfolg ist auch an den gereizten und panischen Reaktionen der Betroffenen zu ersehen. Welche Assel freut sich, wenn der große Stein weggerollt wird und das helle Sonnenlicht die zauberhafte Schönheit des eklen Gewürms öffentlich macht?" Da die Neonazi-Szene, die Fiedler als „Psychopathen und Agenten" bezeichnet, nun „seine" Bezeichnung übernommen habe und er keine „falschen Koalitionen" eingehen möge, wurde die „Anti-Antifa"-Rubrik in „Demokratischer Dialog" umbenannt.

Andreas Speit

„Rückruf in die Geschichte"

Kleiner Exkurs ins Spektrum der „Konservativen Arbeitskreise"

Nicht nur um die deutschen Tugenden zu pflegen, die konservativen Werte im allgemeinen und der Männlichkeit im besonderen zu fröhnen, traf man sich am 10. November 1993 im Haus der Burschenschaft Alemania, sondern um die „Konservative Revolution" im deutschen Volke voranzutreiben. Zur Gründung eines „Arbeitskreis Junger Konservativer" im Herzogtum Braunschweig war geladen. Und so bekamen die Alten Herren, Burschen und Füxe ganz offiziell Besuch von stadtbekannten Personen aus dem Umfeld der REP's, der NPD und des BHJ.



Dr. Karlheinz Weißmann

Insgesamt 40 Personen wohnten der Gründungsveranstaltung bei, und lauschten Dr. **Karlheinz Weißman**, einen der „neurechten Theoretiker", der über sein neuestes, im Ullstein-Verlag erschienenen Buches „Rückruf in die Deutsche Geschichte" referierte. Initiert hatte die Veranstaltung **Frank Bötzkes**, der der CDU, der Jungen Union, dem RCDS angehört und in der CSU - weil kein Bayer - Gastmitglied ist, wie die Braunschweiger Zeitung zu berichten wußte (0.). Was sie nicht wußte oder nicht wissen wollte bzw. nicht erwähnte ist, daß Frank Bötzkes im wertkonservativen Flügel der Union kein Unbekannter ist. Bei der Gründung des hessischen Landesverbandes des Christlich-Konservativen Deutschlandforums (CKDF), am 26. 6.1993 in der Gaststätte „Zur Loreley" wurde er zum Landesvorsitzenden gewählt. Gleichzeitig ist er Vorsitzender des Kreisforums Waldeck-Frankenberg.

Das CKDF hat mittlerweile in Sachsen-Anhalt, „Sachsen-Niederschlesien", Rheinland-Pfalz, Nordhein-Westfalen, Niedersachsen-Bremen und Baden-Württemberg Landesverbandsstrukturen. Nach eigenen Angaben zählt das CKDF ca. 700 Mitglieder. Unterstützt wurde die Gründung in Hessen sowohl von ca. drei Dutzend Personen aus dem wertkonservativen Flügel der Union, als auch durch den „Petersberger Kreis". Im Anschluß an das Eröffnungsreferat von **Alexander von Waldow**, vom Bund der Familienverbände wurde das Verhältniss zur Mutterpartei erläutert. „Wir sind nicht schädlich sondern nützlich für die CDU" wurde festgestellt und betont, daß sich das Landesforum gegen das was in Bonn passiert und nicht gegen die Landespartei und ihren Vorsitzenden richtet.

Keine Frage, denn zur damaligen Zeit war der jetzige Innenminister Manfred Kanther Landesvorsitzender, welcher sich selbst zum wertkonservativen Flügel der CDU zählt und auch schon seit geraumer Zeit vom CKDF umworben wird. Erst unter Handlungsdruck gesetzt äußerte Kanther, daß er eine Zusammenarbeit mit den Republikanern nicht wünsche. Er lehnte indes sogleich ab, sich offiziell von dem Petersberger Kreis zu distanzieren - mit „Distanzierungsritualen wolle er erst garnicht anfangen" und - laut Kanther - wären die Forderungen zum Thema Asyl des Petersberger Kreises weitgehend identisch mit den CDU-Positionen. Zum Petersberger Kreis gehören **Roland Rösler, Josef Weber, Werner Breitwieser, Alfons Gerling, Christoph Greiff, Bernd Hamer, Soegert Ortmann** und **Winfried Rippert** u.a. (1.). Innerhalb der CDU werden diese Zirkel im allgemeinen gerne als „Sektierer", „Hinterbänkler" und bedeutungslos abgetan. Eine inhaltliche Auseinandersetzung bleibt wenigen Einzelpersonen der „Partei-Linken" vorbehalten, deren Einfluß bekanntlich gering ist. Eine zu intensive Auseinandersetzung würde diese Kreise und Zirkel nur aufwerten, betont die CDU und versucht ihre „konservativen Zirkel" aus dem Blickpunkt der Öffentlichkeit zu ziehen. Was nicht heißt, das nicht mit ihnen gesprochen wird. Brückenschläge zwischen der CDU, den wertkonservativen Kreisen, konservativen Arbeitskreisen und neofaschistischen Strukturen sind schon lange keine Seltenheit mehr und finden landauf, landab statt.

Und so liegt Frank Bötzkes voll im Trend der Zeit. Ausgehend von Baden-Württemberg, wo konservative Arbeitskreise im Entstehen begriffen sind, möchte er in Brauschweig einen solchen Kreis zum Austausch und zur Verbreitung konservativen Gedankengutes als feste Institution etablieren. Jeden zweiten Mittwoch im Monat sollen sich vornehmlich junge Konservative bis ca. 35 Jahre im Burschenschaftshaus der Alemania treffen. Unterstützung erhält er von der „Jungen Freiheit", in der mit einer Anzeige „Arbeitskreis Junger Konservativer gründet sich in Braunschweig; Vorbereitungstreffen am 13.10.1993, AJK, 38231 Salzgitter" warb. Geplant war eigentlich, daß die „Junge Freiheit"-Redaktion JF-Leser aus der Region persönlich für das Gründungstreffen anschreiben wollte. Da aber laut Bötzkes ein Brief verloren ging, mußte er die Einladungen auf den „letzten Drücker" selber verschicken.

Der sich mittlerweile konstituierte Arbeitskreis wird von knapp der Hälfte der Kandidaten der RCDS-Liste zu den letzten studentischen Wahlen getragen. Es darf davon ausgegangen werden, daß Mitglieder der Jungen Union ebenso in diesen Kreisen verkehren. Schon im Dezember 1992 verteilten sie in Wolfenbüttel auf einer Antirassismus-Demonstration eine Flugschrift zum Thema „Multikulturelle Gesellschaft". Der Tenor war eindeutig und die Sätze glichen neu-rechten Publikationen bis auf's Wort. „So hart es auch klingen mag: Wenn sich unsere niedrigen Geburtenziffern nicht erhöhen, stehen wir vor der Frage, mit welchen Völkern wir dies ausgleichen können und mit welchen nicht - ob mit solchen, die die Freiheit nicht nur nehmen, sondern auch geben, oder mit solchen, die es nicht tun. Wenn wir nicht bevorzugt Völker mit einer ähnlichen sozialen Einstellung aufnehmen, die in der abendländischen Tradition aufgewachsen und bereit sind, so zu leben wie wir, müssen wir mit immer mehr Minderheiten rechnen, bis wir schließlich handlungsunfähig sind" (2.).

Zur selben Thematik, „Asylpolitik" fand am 12.Januar die zweite Veranstaltung des Arbeitskreises statt. **Joachim Clemens**, Bundestagsabgeordneter der CDU, hielt eine Vortrag vor ca. 30 Personen, über die Auswirkungen der Asylrechtsänderung. Fragen aus dem Publikum, ob Sammelager nicht direkt an den Grenzen errichtet werden könnten, damit die Abschiebung zügiger von statten ginge, lehnte Clemens strikt ab, so etwas sei nicht durchsetzbar (3.). Wie schick, so einfach kann man sich von rechts abgrenzen, selbst wenn man rechts steht - man ist halt einfach nicht ganz so rechts.

Für den 9. Februar war der Chefredakteur der Braunschweiger Zeitung geladen, um der Frage des politischen Einfluß der Medien nachzugehen. Da in der Zwischenzeit der ASTA der TU Braunschweig einen Reader über den „Arbeitskreis Junger Konservativer" veröffentlicht hatte und für den Tag das Antifaschistische Plenum und die Jugend Antifa Aktion zu einer Kundgebung aufgerufen hatte, wurde die Veranstaltung einen Tag vorgezogen.

Neben diesen Aktivitäten trägt der Arbeitskreis die Werbekampagne der JF in Braunschweig. Frank Böztkes dient nicht nur als Ansprechpartner für die JF, sondern auch als Autor (4.). Beste Beziehungen bestehen auch zum Konservativen Gesprächskreis Hannover,

c/o **Hajo Baumbach**, der im November 1993 in den Wülfeler Brauereigaststätten gegründet wurde. Hilfestellung gab hier **Klaus Kunze**, Rechtsanwalt und Gastautor der JF. Thema: Perspektive und Hindernisse der Konservativen in der Bundesrepublik Deutschland. Im selben Monat verteilte der Konservative Gesprächskreis eine Flugschrift - Überschrift: „Freund es wird ernst ! - die späte, aber unvermeidliche Rückkehr der Konservativen" und alte Exemplare der JF vor dem Universitäts-Hauptgebäude.

Nach eigenen Angaben gibt es Konservative Gesprächskreise in Karlsruhe, Germersheim, Mannheim und Heidelberg.

Als wesentliche Pfeiler dieses Netzwerkes darf neben dem CDKF, in dem schon länger **Heinrich Lummer** wirkt, das JF-Spektrum als auch der „Verein Deutscher Studenten" (VDSt) gesehen werden. Letzterer stellte sich selbst im „Criticón" als nicht-schlagende Studentenverbindung mit stark national-konservativer Ausrichtung dar. Ohne Probleme hat der VDSt an der Frankfurter Universität eine Poststelle und ein Verbindungshaus, wo die Neue Rechte ungestört verkehrt. Der VDSt bzw. dessen Dachverband „Verband der Vereine Deutscher Studenten" (VVDSt) gehörte neben den Deutschen Burschenschaften zu den klaren Verfechtern des Nationalsozialismus und war die einzige Verbindung, die nicht im Dritten Reich aufgelöst wurde. Leitspruch des VDSt: „Wir pflegen Traditionen". Und diesem sind sie bis heute treu geblieben.

Für den Arbeitskreis wählte Frank Bötzkes den Leitspruch: „Sie dachten frei und durchbrachen Denkverbote. Damit verhalfen sie anderen zu denken, so daß auch diese Denkverbote durchbrachen und wieder anderen zum freien Denken verhalfen", welchen er dem Einladungsschreiben zur Gründungsversammlung vorweg stellte.

Das Durchbrechen von prinzipiell richtigen Denkverboten stellten sich auch als Aufgabe die Konservativen Revolutionäre der Weimarer Republik: **Möller van den Bruck, Carl Schmitt, C.G. Jung, Oswald Spengler, Ernst Jünger** etc.. Mit „abenteuerlichen Herzen" (E. Jünger) trugen sie die Weimarer Republik zu Grabe und schafften Denkfreiräume für rassistische, völkische und schlußendlich faschistische Konzepte. In diese Tradition stellen sich die Herren auch in Braunschweig. Der Name ist Programm.

Wir dürfen gespannt sein, wen der „Arbeitskreis Junger Konservativer" weiter zum Durchbrechen von „Denkverboten" einladen wird. Vielleicht jemand von den nationalen SPD-lern, z.B. vom Stresemann-Club oder dem Hofgeismarer Kreis. Der nationale Konsens und die Diskussionsbereitschaft wären gegeben.

Quellen:

0. Antifa-Info Frankfurt, Nr. 10, November 1993

1. siehe ebd.

2. Junge Union Wolfenbüttel: Flugschrift, Multikulturelle Gesellschaft, Dezember 1992

3. Braunschweiger Zeitung, Asylbewerberzahl ist deutlich gesunken - Clemens vor dem „Arbeitskreis Junger Konservativer", 14.2.1994

4. Junge Freiheit: Anzeigen, 10/93

Karl Grubusch

Antifaschismus anno 1994

„Wehret den Anfängen!" ??? - Diese Zeiten sind längst vorbei!

Insgesamt 15% der Wählerstimmen für die rechtsradikalen Parteien REP, DVU, NPD, ÖDP, etc. bei den Landtagswahlen am 5.4.92 in Baden-Würtemberg. 10% in Schleswig-Holstein am selben Tag. 7,7% für REP, DVU und NL bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen am 19.9.93.

Diese Ergebnisse haben gezeigt, daß es sich längst um ein Massenphänomen handelt, das nach einem vorübergehenden Einbruch 1990/91 aufgrund der deutschen Wiedervereinigung bereits seinen zweiten Frühling erlebt. Mehr als 800.000 Menschen haben am 5.4.92 rechtsradikal gewählt, 65.000 am 19.9.93 allein in der Stadt Hamburg.

Auch wenn aufgrund einer de facto-Nachrichtensperre die Berichterstattung der Medien über rassistische Angriffe nur noch sehr beschränkt stattfindet und den militanten Rechtsradikalen nach ihrem Sieg in der Asylfrage und leichten Dämpfern durch den Staatsapparat - beispielsweise einige etwas härtere Urteile in Strafprozessen und das pro forma-Verbot der „Deutschen Alternative", der „Nationalistischen Front", der „Nationalen Offensive" sowie einiger kleinerer Gruppen - ein wenig die Motivation und das klare Angriffsziel verloren gegangen ist, wurden und werden diese Wahlerfolge begleitet von selbstbewußterem Auftreten in der Öffentlichkeit (Aufmärsche mit 500 bis 1000 Teilnehmern sind keine Seltenheit mehr!) und von einer Militanz, die in der deutschen Nachkriegsgeschichte beispiellos ist. Allein 1992 wurden gemäß den offiziellen Zahlen des Bundesinnenministeriums von Neonazis, rechtsradikalen Skinheads, anderen Rechtsradikalen oder Rassisten 708 Brandanschläge verübt, 725 Körperverletzungen begangen und 15 Menschen - AsylbewerberInnen, ausländische ArbeiterInnen und ihre Familienangehörigen, Obdachlose und Antifaschisten - verbrannt, erschlagen, erstochen oder auf andere Weise umgebracht. Diese Zahlen stammen aus dem Verfassungsschutzbericht für 1992 des Bundesministeriums des Innern. Die Dunkelziffer liegt um einiges höher. Angriffe von Rechtsradikalen auf Homosexuelle werden dort beispielsweise überhaupt nicht aufgeführt.

Im Jahr 1993 waren es laut „einer vertraulichen Studie des Bundesamtes für Verfassungsschutz" immerhin noch „763 Straftaten mit erwiesener oder vermuteter rechtsextremistischer Motivation" (Süddeutsche Zeitung, 31.1.94). Die große Mehrheit dieser Aktionen fand und findet übrigens in Westdeutschland statt.

Was heute noch eine diffuse, unausgegorene, zersplitterte und organisatorisch schwache rechtsradikale Massenbewegung bzw. Massenstimmung ist, wird nicht von allein verschwinden. Klar, noch handelt es sich überwiegend um ideologisch ungefestigte und organisatorisch ungebundene ProtestwählerInnen. Der Anteil der StammwählerInnen von REP und DVU liegt jeweils zwischen 20 und 30% - das ist noch weniger als bei der FDP! Aber dies ist beileibe kein Grund zur Beruhigung, denn es handelt sich hier nicht um eine vorübergehende Trotzreaktion, sondern um das Ergebnis eines jahrelangen Prozesses der Enttäuschung und Entfremdung von den sogenannten Volksparteien. Zum Zweiten schwächen sich die Gründe für den Protest - der soziale Niedergang mit noch steigender Massenarbeitslosigkeit bzw. der Angst davor, Wohnungsnot, Sozialabbau, Leistungsdruck und Arbeitshetze in immer schärferer Form, Kriminalität, individuelle Konkurrenz, Vereinsamung, Krise der Landwirtschaft und der Kleingewerbetreibenden... - nicht ab, sondern nehmen weiter zu. Gleichzeitig gibt es nur wenige, meist isolierte soziale Bewegungen und Kämpfe, kaum Erfahrungen und Traditionen in kollektivem solidarischem Widerstand, dafür aber weitverbreitet Perspektiv- und Konzeptlosigkeit - alles Wasser auf den Propagandamühlen der Rechtsradikalen.

Widerstand in sozialen und existenziellen Fragen, wie etwa in Bischofferode, oder die Bergarbeiterstreiks und -straßenblockaden im letzten Herbst im Ruhrgebiet oder die massenhaften Warnstreiks in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst sowie das 92,2%ige Votum der niedersächsischen MetallerInnen für einen Streik mögen Hoffnungsschimmer und Ansatzpunkte für eine andere Entwicklung sein.

Das Schwelgen in Frust und Selbstmitleid oder das Verordnen von Moralkodexen politisch korrekten Verhaltens (Stichwort: political correctness), über deren Einhalten das Empfinden des anständigen Deutschland, selbsternannte Kreuzritter oder Aktivbürger bzw. der hinlänglich bekannte bürgerliche Staat und seine Richterschaft wachen, bringt uns allerdings keinen Schritt weiter, sondern wirft uns nur noch weiter zurück.

Und jeder neue Erfolg für „Republikaner", DVU oder militante Neonazis bedeutet eine Niederlage für alle, die in diesem Land vom sozialen Niedergang und vom reaktionären Rollback betroffen sind - egal ob als Frauen per se, ob als SchülerInnen, Studierende, Auszubildende, ArbeiterInnen, Angestellte, Erwerbslose oder andere!

Auch wenn vieles unklar ist, einiges ist doch sehr klar: Wir erleben das Ende der alten, 1967/68 begonnenen, und den Beginn einer neuen Epoche. Die sogenannten 68er sind bei ihrem Marsch durch die Institutionen auf den Chefsesseln angekommen. Die außerparlamentarischen Bewegungen, die im Gefolge der Endsechziger Studentenbewegung entstanden (Frauen-, Anti-AKW-, Internationale Solidaritäts-, Friedens-, Ökologie- und auch die verschiedenen Antifa-Bewegungen) haben sich, nachdem sie zur Modernisierung und

Anpassung des bürgerlich-kapitalistischen Systems in Deutschland beigetragen und auch einiges Positive erreicht haben (selbstständige Aneignung der von den Alliierten eingeführten Demokratie, Abrechnung mit der Nazi-Vergangenheit, Liberalisierung in Politik und Kultur, Ausbau demokratischer Rechte, Entschärfung des §218, Sensibilisierung für die Umweltpolitik...) verlaufen. Die linken und linksradikalen Gruppen und Organisationen sind weitgehend zerfallen, der nach 68 stärkere linke bzw. linksliberale Einfluß verflüchtigt sich zusehens. Es gibt somit keinen „antifaschistischen Grundkonsens" in der öffentlichen Meinung und in weiten (aktivierbaren) Teilen der Bevölkerung mehr, auf den man sich ohne viel Mühe beziehen und an den man appellieren kann, um die Rechtsradikalen und Faschisten dauerhaft in die Isolation und Bedeutungslosigkeit zu drängen. Auch die vorweihnachtlichen Lichterketten von 1992, die moralische Empörung nach so brutalen Morden wie in Solingen Mitte 1993 und die allgegenwärtigen offiziellen Werbekampagnen für „Fairständnis", „Mein Freund ist Ausländer" oder „Ohne Fremde wären wir allein" sind keine Grundlage für eine ernsthafte und konsequente antifaschistische Bewegung. Diese Phänomene stellen vielmehr einen Zwitter dar: Auf der einen Seite noch der letzte ohnmächtige und hohle Versuch den real existierenden Rassismus und Rechtsradikalismus wegzubeten und wegzubeschwören und ihm mit humanistischen Moralkodexen, mit „Anstand und Sitte" zu Leibe zu rücken und den darin in pervertierter Form zum Ausdruck kommenden gesellschaftlichen Problemen und Konflikten möglichst aus dem Wege zu gehen und andererseits der Propagandanebel und die Krokodilstränen der herrschenden Herrschaften und ihr Versuch einen neuen staatsbürgerlichen Konsens für das kapitalistische System und zur Akzeptanz von unvermeidlichen Opfern, die den breiten Massen in der Krise abverlangt werden, zu schaffen und eine „Allianz der Demokraten" (so der baden-würtembergische Innenminister Birzele) zu bilden gegen alle, die gegen diese Art der Demokratie rebellieren.

Kurz gesagt: Dies ist der Abgesang des Antifaschismus, quasi seine Persiflage, und die Kreation eines neuen bürgerlichen Konsenses zur Legitimation des Systems, das Faschismus, Rechtspopulismus und den Rassismus in seiner aktuellen Ausprägung überhaupt erst hervorgebracht hat und bis heute nicht im Entferntesten ernsthaft dagegen vorgeht!

Was Karl Marx vor 150 Jahren nach der letzten Welle der bürgerlichen Revolutionen gesagt hat, gilt heute nicht minder für die nach wie vor von der Mittelschichtsrevolte von 1968 gezeichnete Antifa-Bewegung:

„Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. ... Die soziale Revolution des neunzehnten Jahrhunderts kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft. Sie kann nicht mit sich selbst beginnen, bevor sie allen Aberglauben an die Vergangenheit abgestreift hat. ... Die Revolution des neunzehnten Jahrhunderts muß die Toten ihre Toten begraben lassen, um bei ihrem eigenen Inhalt anzukommen. Dort ging die Phrase über den Inhalt, hier geht der Inhalt über die Phrase hinaus." (MEW 8, S.115 u. 117)

Deshalb, und weil wir es hier mit einem gesellschaftlichem Phänomen, einer Massenstimmung und teilweise schon Massenbewegung, zu tun haben und nicht mehr nur mit kleinen Grüppchen ideologisch verbohrter Kader müssen wir uns von „altbewährten" Taktiken und Strategien verabschieden bzw. sie unter den veränderten Bedingungen erneuern.

Es reicht nicht aus, REP oder DVU einfach das 3.Reich, Neofaschismus, die individuellen politischen Karrieren bestimmter Funktionäre oder Kontakte einzelner oder vieler Mitglieder zu militanten Neonazis vorzuwerfen (auf die Art ließe sich den GRÜNEN spielend Kommunismus oder zumindest Linksradikalismus „nachweisen"!) - damit lassen sich bestenfalls Pyrrhussiege erringen. Wir müssen sie inhaltlich widerlegen, die Konsequenzen ihrer reaktionären und asozialen Zielsetzung und Demagogie und ihre Verlogenheit aufdecken und vor allem konträre Perspektiven aufzeigen mit denen verschärfter Leistungsdruck und Arbeitshetze, Erwerbslosigkeit, Wohnungsnot, Sozialabbau, etc. ernsthaft und erfolgreich zu bekämpfen und Diskriminierung, Vereinzelung, Ohnmacht und Apathie aufzuheben sind. Das bedeutet den antifaschistischen Kampf ganz real und greifbar mit den sozialen Kämpfen zu verbinden und dabei den sozialen Kampf, oder konkret, die sozialen, ökonomischen und politischen Forderungen in den Mittelpunkt zu stellen und von da aus den antifaschistischen Kampf quasi als geistigen und physischen Flankenschutz zu führen.

Im Detail heißt das im Rahmen des Möglichen „Massenagitation" gegen rassistische Vorurteile, Law-and-Order-Denken, die Fixierung auf Führer zu betreiben - vor und in Schulen, Berufsschulen, Jugendzentren, Betrieben, Arbeits- und Sozialämtern, usw. - und gleichzeitig das reaktionäre Treiben von Lehrern, Direktoren, Bürokraten, Unternehmern, Bankiers, Spekulanten, Maklern und bürgerlichen Politikern anzuprangern. Das heißt auch, sich mit anderen zur Verteidigung gleicher Interessen zusammenzutun, den Blick über den Tellerrand hinaus zu wagen, diesem Blick Schritte folgen zu lassen, und eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen noch be- oder wieder entstehenden antifaschistischen Gruppen und den Keimen neuer sozialer Widerstandsbewegungen um konkrete Notwendigkeiten herum zu organisieren: egal ob im Stadtteil, in Schulen, in Betrieben, unter von Sanierungsprojekten betroffenen MieterInnen, Arbeitslosen oder Jugendlichen.

Die Teile der rechtsradikalen Wählerschaft, die als reaktionäre Kleinkrämer, Handwerker, Bauern, Beamte oder Berufssoldaten bisher ohnehin FDP, CDU oder CSU gewählt haben, sind für die antifaschistische Bewegung sicherlich nicht erreichbar. Viel wichtiger und keineswegs abzuschreiben sind dagegen z.B. die 13,5% der 18- bis 24-Jährigen, die am 5.4.92 in Baden-Würtemberg REP oder NPD gewählt haben. Im Landesdurchschnitt bekamen die beiden Parteien zusammen 11,8% der Stimmen. 9,4% der WählerInnen gleichen Alters stimmten in Schleswig-Holstein für REP oder DVU. Deren Landesdurchschnitt lag bei 7,5%.

Oder die Arbeiter, weniger Arbeiterinnen, die in Baden-Würtemberg mit 22,2% für REP oder NPD und in Schleswig-Holstein mit

"Ich bin gegen das Ausländerwahlrecht."
"Ich auch. Nur eine CDU-Mehrheit kann das wieder ändern."
BERLIN
Jetzt geht's ums Ganze.

Nicht nur mit diskriminierender Wahlwerbung wetteifert die CDU mit der Politik der Rechtspopulisten und Faschisten.

11,6% für DVU oder REP die größten Kontingente stellten.

Nicht zu vernachlässigen sind auch die Arbeitslosen, die mit 13,1% für REP oder NPD in Baden-Würtemberg und mit 9,7% für DVU oder REP in Schleswig-Holstein als zweitbestes Wählergruppenergebnis knapp vor den Selbstständigen und RentnerInnen lagen. (infas-Repräsentativbefragung am Wahltag; Das Parlament, 10.4.92)

Je mehr wir diese Gruppen politisch, sozial und kulturell erreichen und gemeinsame Interessen gemeinsam verfechten, um so mehr Erfolg werden wir mit der mehr denn je notwendigen antifaschistischen und antirassistischen Selbstverteidigung bei der direkten Konfrontation mit Faschisten und Rechtspopulisten auf der Straße und mit der politischen Isolation der organisatorischen Kerne des Neofaschismus und Rechtspopulismus haben.

Die Formierung der Rechtsradikalen und Faschisten steckt zwar nicht mehr in den Anfängen, aber es ist den verschiedenen rechtsradikalen Strömungen auch noch nicht gelungen, die weitverbreitete rassistische und reaktionäre Stimmung in der Bevölkerung für die Identifizierung mit einer großen, gefestigten, einheitlichen und ideologisch-programmatisch gut ausgestatteten Organisation umzusetzen, die parlamentarisch und außerparlamentarisch aktiv ist.

Noch sind die Wahlparteien der Rechtsradikalen innerlich labil und grundsätzlich defensiv eingestellt. Sie müssen sich rechtfertigen, distanzieren, abwiegeln. Je eher wir, die antifaschistische Bewegung, uns also von den schon liebgewonnenen Depressionen und der Lamentiererei über die lausigen Zeiten verabschieden und aus den erhabenen Höhen des Moralismus hinabsteigen in die Niederungen der politischen Wirklichkeit und die Rechtsradikalen zeitgemäß bekämpfen, um so eher werden wir Schönhuber, Frey und Konsorten den Tritt geben können, der sie dahin befördert wo sie hingehören: Auf den Misthaufen der Weltgeschichte!

Volkmar Wölk

Europäer, Industrieller, Nationalbolschewist

Jean Thiriart - Zwischen Theorie und Terror

Wir schreiben den August 1992. In Moskau ist wieder einmal hochrangiger neofaschistischer Besuch aus dem Westen eingetroffen. Gastgeber der Delegation ist Alexander Prochanow, Sekretär des Schriftstellerverbandes, Romancier und Chefredakteur der in einer Auflage von 200.000 Exemplaren wöchentlich erscheinenden neofaschistischen Theoriezeitschrift „Djen". Für seine Besucher hat er ein attraktives Programm ausgearbeitet: der 17. August bringt ein ganztägiges Treffen mit Igor Ligatschow, dem ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der KPdSU.

Am folgenden Tag schließt sich eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem Oberst **Viktor Alksnis**, einem ehemaligen Gegenspieler von Gorbatschow, und **Alexander Dugin**, ehemaliges Mitglied der antisemitischen „Pamjat" und heute Herausgeber der russischen Version der „Elemente" sowie der Zeitschrift „Milii Angel" (Guter Engel) an. Der 21. August ist einem Besuch der nationalkommunistischen Tageszeitung „Sowjetskaja Rossia" gewidmet. Das Blatt wird von seinen Machern als „entschieden patriotisch, antiliberal, antizionistisch und antimondialistist", d.h. gegen die Idee der One World gerichtet, bezeichnet. Hier trifft die Besuchergruppe im Rahmen eines Runden Tisches auch auf **Gennadij Sjuganow**, Mitvorsitzender sowohl der Kommunistischen Partei als auch des Oppositionsbündnisses „Front der Nationalen Rettung", das zu gleichen Teilen von ehemaligen Kadern der KPdSU wie von offenen Faschisten getragen wird.

Wir wollen uns an dieser Stelle die Aufzählung der weiteren Gesprächspartner ersparen und stattdessen der Zusammensetzung der Gästegruppe widmen. Für die „Neue" Rechte nicht ungewöhnlich, handelt es sich um eine multinationale Besetzung. **Michel Schneider** ist Herausgeber des nationalrevolutionären Hochglanzmagazins „Nationalisme et République". Als Industrieller verfügt er über die notwendigen Geldmittel für ein solches Projekt. Seine politische Erfahrung hat er bei der terroristischen Geheimorganisation OAS und später als Bürochef des verstorbenen Generalsekretärs des Front National, eines Solidaristen, gesammelt. Aus Italien kommen **Carlo Terracciano**, Experte für Geopolitik in der Redaktion der nationalrevolutionären Zeitschrift „Orion", und der Vorsitzende der nationalbolschewistischen Gruppe „Nuova Azione", **Marco Battarra**. Dieser vertritt zugleich den verhinderten **Christian Bouchet**, den frischgebackenen Chef der größten französischen nationalrevolutionären Organisation, der „Nouvelle Résistance". Beim letzten Mitglied der Delegation aber handelt es sich um eine „lebende Legende", nämlich um den Belgier **Jean Thiriart**, der seit Beginn der sechziger Jahre die Europadiskussion der Nationalrevolutionäre entscheidend prägte. Das Ende des „realen Sozialismus" läßt seinen Traum eines Europas von "Dublin bis Wladiwostok" erstmals realistisch erscheinen. Die extreme Rechte Rußlands greift seine Gedanken begierig auf: Eurasien heißt das Projekt, das es zu verwirklichen gilt.

Jean Thiriart wird das nicht mehr erleben. Kurz nach seiner Visite in Moskau verstirbt er siebzigjährig. Seine ersten politischen Erfahrungen sammelt der 1922 geborene Thiriart auf der Linken als Funktionär der „Jungen Sozialistischen Garde" und als Hauptamtlicher der „Sozialistischen Antifaschistischen Union". Allerdings scheint er ungewöhnliche Vorstellungen vom Internationalismus und Antifaschismus zu haben. Sein Denken ist eurozentristisch geprägt, auf der Suche nach einem europäischen Reich. Die Nazis scheinen dies mit ihrem Raubzug durch Europa zu verwirklichen. Nach einem Umweg beim nationalbolschewistischen „Fichtebund" wird Thiriart aktiv bei der Kollaborateursgruppe „Amis du Grand Reich Allemand" (Freunde des Großdeutschen Reiches) und schließlich Freiwilliger der Waffen-SS. Nach dem Krieg wird er deshalb als Kollaborateur verurteilt und verliert für einige Jahre seine bürgerlichen Rechte. Er selbst allerdings sieht sich nicht als Nazi. Immer wieder verweist er in Interviews auf den Einfluß von **Ernst Niekisch**, der in den zwanziger Jahren ebenfalls ein Europa von „Vlissingen bis Wladiwostok" gefordert hatte.

Vorübergehend wird es still um ihn. Er widmet sich dem Auf- und Ausbau seiner ökonomischen Basis. 1960 besitzt er in Brüssel vier Fachgeschäfte für optische Artikel, ist Gründer einer Optikerschule und Generalsekretär des Verbandes der belgischen Optiker. Als Experte ist er Mitglied der „Commission Circaud", die sich mit halbamtlichem Charakter mit der Gesetzgebung für die Gesundheitsberufe beschäftigt.

Doch plötzlich ist die Politik wieder wichtiger als das Geschäft. In Belgisch-Kongo brennt es. Der Entkolonialisierungsprozeß ist nicht mehr aufzuhalten. Thiriart beginnt Leute um sich zu scharen, die mit ihm für ein weißes Afrika kämpfen, die Geschichte zurückdrehen wollen. Europa muß einfach ein gemeinsames Interesse haben, so seine Gedanken, sich die billigen Rohstoffquellen des Trikonts zu erhalten. Es entsteht der „Mouvement d'Action Civique" (Bewegung der Bürgeraktion), der später eng mit der französischen OAS zusammenarbeiten wird. Ab Herbst 1960 werden Kontakte zu Gruppen in Frankreich, Spanien, Portugal und Italien („Ordine Nuovo") aufgebaut. 1961 erfolgt eine Umbenennung in "Jeune Europe" (Junges Europa).

Jean Thiriart selbst bleibt in diesem Gründungsprozeß allerdings unsichtbar im Hintergrund. Offizielle Gründer und Leiter des „Mouvement d'Action Civique" sind respektable Personen, die sich im Widerstand gegen die Nazis einen Namen gemacht haben. **Auguste Minet** ist Kriegsinvalide des I. Weltkrieges und Träger des Kriegsverdienstkreuzes. 1941 wird er durch die deut-



schen Besatzer zum Tode verurteilt, da er abgeschossenen britischen Fliegern geholfen hat. Anschließend sitzt er bis zum Kriegsende 51 Monate in Nazihaft. **Raphael Matyn**, ein ehemaliger Kampfflieger, gehört in der NS-Zeit zur Résistance und muß deshalb KZ-Haft in Dachau und Flossenbürg erleiden. Oberst i.R. **Marcel Verlinden**, ehemaliger Generaldirektor des Geographischen Instituts in Belgisch-Kongo, emigriert 1942 nach London und kämpft im Krieg auf der Seite britischer Truppen in Afrika.

Zur Gründergruppe gehören gleichzeitg aber auch Personen wie **M. Moreau**, der in der NS-Wehrmacht an der Ostfront gekämpft hatte. Er ist bis 1962 unter dem Pseudonym **„Clavarac"** ständiger Leitartikler in der Zeitung der Gruppe, der „Nation Belgique". Aus nationalistischen Erwägungen hatten sie gegen die Nazis gekämpft, nicht vorwiegend weil diese Faschisten waren, sondern vor allem, weil sie Besatzer waren. Aus europäischer Überlegungen heraus hatte der Rest von ihnen auf Seiten der Deutschen gekämpft, da nur sie über die Fähigkeiten zu verfügen schienen, ein einheitliches europäisches Reich zu schaffen. Der Entkolonialisierungsprozeß bringt beide Positionen in die Defensive. Gemeinsames Handeln scheint angesagt. **Yannick Sauveur**, ein französischer Nationalrevolutionär und Chronist dieser Strömung, weist Thiriarts Pressuregroup den Charakter eines „Faschismus der Mittelklassen" zu, um über Thiriart selbst fortzufahren: „Der europäische Nationalismus hat ohne Zweifel in ihm einen seiner ersten Vordenker und Kämpfer gefunden."

Dieser Ausdruck des „Faschismus der Mittelklassen" beschreibt zwar die soziale Herkunft der Gründer der Organisation, trifft aber nicht ihren sich rasch vollziehenden ideologischen Wandel. Neben den Ablegern in neun europäischen Ländern wird eine im Embryonalstadium verharrende solidaristische „Gewerkschaft" auf europäischer Ebene geschaffen und neben der logistischen Unterstützung der OAS die Gründung „Revolutionärer Europäischer Brigaden" vorbereitet, die den bewaffneten Kampf gegen die amerikanischen Besatzer beginnen sollen. Auch außereuropäische Verbündete werden in diesem Kampf gesucht. Vergebliche Kontakte werden mit China (1966 trifft Thiriart Tschou en Lai), Rumänien und Jugoslawien ebenso aufgenommen wie mit dem Irak, Ägypten (1968 gibt es ein Treffen Thiriarts mit Staatschef Nasser) und dem palästinensischen Widerstand. Der erste Europäer, der im bewaffneten Kampf gegen Israel fällt, **Roger Coudroy**, ist Mitglied von „Jeune Europe". Erst 1969 erfolgt eine Absage an den bewaffneten Kampf.

Es wäre erstaunlich gewesen, wenn ein solches Modell rassischer, politischer und ökonomischer Vorherrschaft Europas über den Trikont nicht auch in Deutschland seine Anhänger gefunden hätte. 1961 referiert Thiriart bei der Jahrestagung des um die Zeitschrift „Nation Europa" gruppierten „Jungeuropäischen Arbeitskreises" des ehemaligen SA-Schulungsleiters und „Bandenbekämpfungsspezialisten" **Arthur Ehrhardt** in Coburg. Seine Mitreferenten sind der ehemalige SS-Mann **Peter Kleist** und der exilierte rumänische Faschist **Ion Emilian**. Am 20. November 1961 folgt die Gründung einer deutschen Sektion von „Jeune Europe" in Köln. Vorsitzender wird **Walter Löven**. Zum Vorstand

REVOLUTION EUROPEENNE

L'AVENIR SOCIAL DE L'IDENTITÉ EUROPÉENNE

NUMERO 38 - MAI/JUIN 1992 - PRIX DU NUMERO 20 F

MENSUEL DE TROISIEME VOIE POUR LA GRANDE EUROPE

gehört auch ein damals in Köln lebender junger Spanier namens **Herminio Redondo**, der später in Österreich bei der neofaschistischen „Aktionsgemeinschaft für Politik" tätig wird. Heute lebt er in Erlangen und ist tätig für den dortigen Straube-Verlag, der ebenfalls nationalrevolutionäre Tendenzen aufweist. Enge Verbindungen bestehen zwischen „Jeune Europe" und dem Bund Heimattreuer Jugend. Kontaktmann dafür ist **Klaus Jahn**, damals Vorsitzender des Freundeskreises der nationalen Jugend, heute Mitarbeiter des verschwörungstheoretischen Politischen Hintergrunddienstes. Die Kooperation ist allerdings nicht von langer Dauer. Bereits 1963 spaltet sich die deutsche Sektion ab und arbeitet in der Folgezeit unter dem Namen „Europafront" weiter. Ein von ihr geplantes Sommercamp wird 1964 durch den Innenminister von NRW verboten. 1965 nehmen dann über 200 Personen aus mehreren europäischen Ländern an einem Mittsommerlager teil. Dessen Leitung liegt in den Händen von **Wolfgang Kirschstein**, damals in der Führung der Wikingjugend, heute Leitungskader der strasseristischen Unabhängigen Arbeiterpartei, und von **Gudrun Wittig**, ebenfalls aus der Bundesführung der Wikingjugend, die heute zu den Stützen des „Sturmvogel" zählt.

Thiriart versuchte, die jungen, kämpferischen Kräfte des Neofaschismus um sich zu scharen, denen die etablierten Parteien des Spektrums, in Deutschland z.B. die „Deutsche Reichspartei", zu parlamentarisch orientiert und behäbig sind. Ein revolutionärer Impetus ist gefragt. In der Kölner Gründungsversammlung von „Jeune Europe" führt Thiriart u.a. aus: „Wir wollen ein ursprüngliches Europa, und eines das stark ist. Um diese Aufgabe zu erfüllen werden natürlich andere Männer benötigt als Intellektuelle und Politiker. Wir rufen diejenigen Männer, die bereit sind für Europa zu sterben. (...) Die konventionellen Nationalisten sind gegen Europa, und die demokratischen Europaanhänger sind für ein Europa ohne Nationalismus;... unser Europakonzept dagegen hat einen imperialistischen Begriff. Das Vierte Reich wird Europa sein, das Reich der Völker von Brest bis Bukarest... Die Männer von Jeune Europe sind sozusagen die Reiter der Apokalypse, Männer in einer hoffnungslosen Situation." Diese Grundgedanken baut er in den folgenden Jahren in seinen Büchern „La grande nation, l'Europe unitaire de Brest à Bucarest" (Die große Nation: Das vereinte Europa von Brest bis Bukarest), „Le parti de l'Europe" (Die Partei Europas) und vor allem „L'Europe, un empire de 400 millions d'hommes" (Europa: Ein Reich mit 400 Millionen Menschen) immer weiter aus.

Ganz in der Tradition des geopolitischen Großraumdenkens stehend geht er davon aus, daß um den beiden Großmächten USA und UdSSR Paroli bieten zu können, auch eine bestimmte Bevölkerungszahl neben den ökonomischen und militärischen Potenzen notwendig ist. 1964, im Veröffentlichungsjahr der letztgenannten Publikation, ist noch nicht daran zu denken, daß er einmal dem stellvertretenden Vorsitzenden der KPdSU im freundschaftlichen Gespräch begegnen wird. Der durch Thiriart und seine Anhänger nicht aufzuhaltende Dekolonialisierungsprozeß wird nun positiv gewendet. Die Völker Osteuropas sollen sich aus der kolonialistischen Knechtschaft der UdSSR befreien. Gemeinsam mit Westeuropa werden sie anschließend stark genug sein, erneuten kolonialistischen Gelüsten der USA zu widerstehen. Dies allerdings wird für lange Zeit Zukunftsmusik bleiben. Der Kampf für ein weißes Afrika dagegen ist

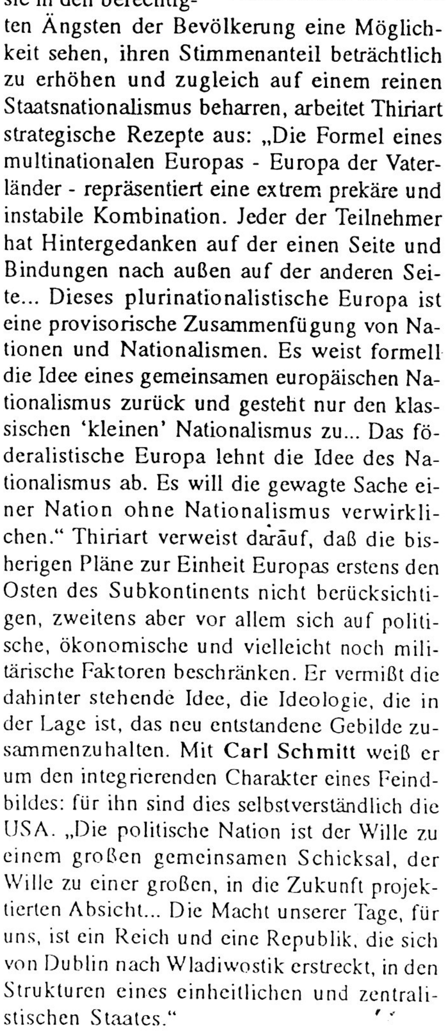
schon zum Zeitpunkt seines Beginns verloren. Er ist ein Konzept von gestern. Neokolonialistische Abhängigkeit der Länder des Trikont ist auf Dauer billiger und problemloser als der unmittelbare Zugriff. Folgerichtig scheitert „Jeune Europe“ schnell und zerfällt 1969 endgültig. Thiriart selbst nennt 1987 in einem Interview einen weiteren Grund. Er führt an, daß es seiner Gruppe gegen die linken, antifaschistischen und jüdischen Kräfte nie gelungen sei, die Herrschaft über die Straße zu erlangen. „Mir haben 500 Mann SA oder Rote Garden gefehlt. Ich verfügte bestenfalls über 50 wirkliche Kämpfer... Uns sind einige bemerkenswerte offensive Kommandounternehmen gelungen. Aber ja, mit 50 Kämpfern von der Art der Fallschirmspringer kann man 500 Linke in einer schnellen und offensiven Aktion terrorisieren, aber man kann nicht die Ordnung in der Defensive aufrechterhalten.“

Dieser Scheitern läßt es auch um Thiriart für lange Jahre stiller werden. Die ehemaligen „Apokalyptischen Reiter“ für Europa führen höchstens noch Schulungsabende für den Nachwuchs durch. Zu den Schülern bei **Bernard Garcet**, dem ehemaligen Leiter von „Jeune Europe“ in Leuven gehört auch **Robert Steuckers**, der sich als junger Student in seinen ersten Vorträgen zu konservativ-revolutionären Themen übt. 1979 trifft Steuckers zum ersten Mal Thiriart in einem von dessen Optikerläden. Zu diesem Zeitpunkt will Thiriart nach Angaben von Steuckers nichts mehr mit der Politik zu tun haben. Doch Steuckers bringt ihn wieder auf den Geschmack. Er erzählt ihm von dem gerade in Deutschland erschienenen Buch „Mut zur Macht. Denken in Kontinenten“ des Geopolitikers und ehemaligen österreichischen Generals **Heinrich Jordis von Lohausen**. Eine Zusammenfassung dieses Werkes, das Thiriarts frühere Konzepte aufgreift und aktualisiert, erscheint 1980 als erste Ausgabe der Zeitschrift „Orientations“. Ab 1981/82, den Zeiten der Friedensbewegung und damit verbunden einem umfassenden Unmut gegenüber den USA in allen politischen Strömungen von links bis rechts, beginnt Thiriart wieder zu schreiben. In seiner ideologischen Nachfolge hatte **Luc Michel** in Belgien den „Parti Communautariste National-Européen“ (Kommunitaristische Nationaleuropäische Partei) gegründet. Für deren Blatt „Conscience européenne“ (Europäisches Bewußtsein) schreibt er künftig regelmäßig. Der Antikommunismus seiner Schriften aus der Zeit des Kalten Krieges tritt nun immer mehr in den Hintergrund. Thiriart nähert sich zunehmend der „Neuen“ Rechten an: die USA sind der Hauptfeind, Europa steht im Zentrum. Von der „Neuen“ Rechten trennt ihn vor allem seine vehemente Ablehnung jeglichen regionalistischen Gedankenguts. Slowenien und Kroatien sind für ihn überflüssiges Staaten, die wieder verschwinden müssen. Im Gegensatz zur „Neuen“ Rechten ist er weniger an der Metapolitik als an der direkten Aktion, der Politik, interessiert.

Der inzwischen zu Einfluß gelangte Schüler Thiriarts, Robert Steuckers, bedankt sich bei seinem Lehrmeister. Er ist es, der ihn bei Michel Schneider empfiehlt und ihm damit die Spalten der Zeitschrift „Nationalisme et République“ und damit den Zugang zur französischen Leserschaft öffnet. Er ist es auch, der Ende März 1992 bei einem Besuch in Moskau im Gespräch mit Alexander Dugin den Besuch Thiriarts in Moskau im August einfädelt. Diese Visite sieht Thiriart als die Krönung seiner Karriere an.



Jean Thiriart(links) beim Treffen mit dem ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der KPdSU, Igor Ligatschow am 17. August 1992.



Die Zeiten haben sich geändert. Die ferne Zukunftsmusik der sechziger Jahre scheint greifbar nahe gerückt. Während sich die neofaschistischen Wahlparteien auf die Propaganda gegen die Europäische Union stürzen, da sie in den berechtigten Ängsten der Bevölkerung eine Möglichkeit sehen, ihren Stimmenanteil beträchtlich zu erhöhen und zugleich auf einem reinen Staatsnationalismus beharren, arbeitet Thiriart strategische Rezepte aus: „Die Formel eines multinationalen Europas - Europa der Vaterländer - repräsentiert eine extrem prekäre und instabile Kombination. Jeder der Teilnehmer hat Hintergedanken auf der einen Seite und Bindungen nach außen auf der anderen Seite... Dieses plurinationalistische Europa ist eine provisorische Zusammenfügung von Nationen und Nationalismen. Es weist formell die Idee eines gemeinsamen europäischen Nationalismus zurück und gesteht nur den klassischen 'kleinen' Nationalismus zu... Das föderalistische Europa lehnt die Idee des Nationalismus ab. Es will die gewagte Sache einer Nation ohne Nationalismus verwirklichen.“ Thiriart verweist darauf, daß die bisherigen Pläne zur Einheit Europas erstens den Osten des Subkontinents nicht berücksichtigen, zweitens aber vor allem sich auf politische, ökonomische und vielleicht noch militärische Faktoren beschränken. Er vermißt die dahinter stehende Idee, die Ideologie, die in der Lage ist, das neu entstandene Gebilde zusammenzuhalten. Mit **Carl Schmitt** weiß er um den integrierenden Charakter eines Feindbildes: für ihn sind dies selbstverständlich die USA. „Die politische Nation ist der Wille zu einem großen gemeinsamen Schicksal, der Wille zu einer großen, in die Zukunft projektierten Absicht... Die Macht unserer Tage, für uns, ist ein Reich und eine Republik, die sich von Dublin nach Wladiwostik erstreckt, in den Strukturen eines einheitlichen und zentralistischen Staates.“

Folgerichtig kritisiert zwar auch er das Maastrichter Vertragswerk, aber im Gegensatz zu den neofaschistischen Wahlparteien, weil es ihm nicht weitgehend genug ist, lediglich Übergangscharakter haben kann. Sein Motto lautet: „Ja zu Maastricht und auf bessere Zeiten warten...“ Zu den Verträgen erklärt er: „Der Vertrag von Maastricht enthält das Beste und das Schlimmste. Das Beste war schwer und langsam zu schaffen. Es handelte sich um die Arbeit der Angleichung der Gesetzgebung. Das Schlimmste ist die Abhängigkeit vom Atlantikpakt. Die Geschichte wird das Beste bewahren. Was die Abhängigkeit von Washington betrifft, wird man ihr ein Ende durch das Hervorrufen gewaltiger Gefühle bereiten, wofür man die Bedingungen zunächst mit revolutionären Organisationen schaffen muß. Ich nenne ein historisches Beispiel: wenn es die 130 Jahre französische Besetzung Algeriens nicht gegeben hätte, hätte es niemals einen algerischen Staat gegeben. Höchst unfreiwillig hat Frankreich die Anarchie der algerischen Stämme, die vor 1983 herrschte, vereinigt. Delors? Mitterand? Das sind sehr nützliche Kerenskis. Sollen sie ihr geschlechtsloses Europa vorbereiten, ihr Europa ohne Rückgrat. Andere Männer werden kommen und diesem Europa einen Sinn und ein Schicksal geben.“

Mit dieser Position stand Thiriart im Neofaschismus weitgehend alleine. Die Zahl seiner Mitkämpfer ist noch immer nicht wesentlich gewachsen. Zwei Dinge allerdings sprechen für sein Konzept: Erstens ist seine Vision von Europa durchaus kompatibel mit den Plänen des Monopolkapitals. Zweitens sind seine Mitkämpfer von heute in der Offensive ebenso entschlossen wie die der sechziger Jahre. Als im russischen Gemenge von Putsch und Gegenputsch Altstalinisten und Neofaschisten gemeinsam den Parlamentssitz, das Weiße Haus, gegen die Regierungsmiliz verteidigten, da gehörte zu den Verwundeten auch einer der Gefährten von Jean Thiriart: Michel Schneider, der ehemalige französische OAS-Mann. Wer gegen die USA gewinnen will, der braucht starke Verbündete. Rußland ruft.

Raimund Hethey, Lucy und Peppermint Patty

Joseph Beuys - Der (un)bekannte Soldat Christi

Der nachfolgende Text wurde im Antifa-Kalender 1993 abgedruckt. Er hat nichts an Aktualität eingebüßt. In Zürich lief bis zum Februar 1994 eine Austellumg zu Joseph Beuys, die in den bürgerlichen Medien großen Anklang fand. In den Besprechungen wird Joseph Beuys als großer Künstler gefeiert. Die visionären Elemente seiner Kunst werden stets ohne jeden Bezug auf den ideologischen Hintergrund positiv hervorgehoben. Kein Wort wird über Beuys' Wirken als Anthroposoph verloren, obwohl er in programmatischen Äußerungen immer wieder auf seinen großen Lehrmeister Rudolf Steiner verweist, der ihm mehr bedeutete als Wolfgang Goethe oder Karl Marx. Verschwiegen wird das politische Engagement von Beuys bei der faschistoiden „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD) des August Haußleiter und der sein ganzes Leben bestimmende Einsatz gegen die Ideologie von der Gleichheit aller Menschen, dem Kommunismus.

Wer war **Beuys**? Die avantgardistische Skandalnudel für eine von öden Sektgelagen gelangweilte Kulturschickeria? Sicherlich. Ein Streiter für eine menschlichere Zukunft der Gesellschaft? Mitnichten.

Es ist überfällig, der Legendenbildung um Beuys entgegenzutreten. Es ist an der Zeit diese Ikone bürgerlich-libertärer Halbbildung, den eifersüchtig gehüteten Fetisch, das Tratschobjekt anarchischer Stammtische zu demontieren.

Aber stand Beuys nicht gegen das bestehende System? War er nicht libertär? Libertär im historischen Sinne war er bestimmt. Klärt uns doch schon der Fremdwörterduden darüber auf, was Libertät historisch bedeutet: ständische Freiheit, und als zweite Bedeutung: beschränkte Bewegungs- und Handlungsfreiheit. Damit befinden wir uns in der Tat im Zentrum der gesellschaftspolitischen Überzeugungen von Beuys, welche er im übrigen nicht selbst erdacht, sondern von der Kultgemeinschaft, der er anhing, schlicht übernommen hat: der Anthroposophie Rudolf Steiners.

Jene Anthroposophie favorisiert eine ständische Reorganisation des Kapitalismus unter völkischen Gesichtspunkten, die sogenannte „Dreigliederung des Sozialen Organismus". Das anthroposophische Gebräu aus christlichem Fundamentalismus (so viele Kreuze in Beuys Bildern) und Esoterik fordert ein religiös fundiertes Kastenwesen als den „Volkskörpern" gemäße, organische Gesellschaftsform. Hinter allem steht die sogenannte Wurzelrassentheorie, die behauptet, daß in der Gegenwart die weiße Rasse und ihre Völker die weitere Entwicklung bestimmen sollten. Die Turboweißen sind dabei im Augenblick die Germanen und Deutschland ist der Nabel der Weltentwicklung, das spirituelle Mekka, wohin alle Blicke sich wenden sollten. Doch nicht nur die Völker des Trikonts sind spirituell und diesseitig rückständig, sondern auch Teile der weißen Menschen. Die Haßobjekte müssen nicht überraschen: Arbeitnehmerorganisationen und Kommunisten. Letztere sind für Steiner schlicht vertierte Untermenschen, aber zum Glück hätten die göttlichen Hierarchien Mitte des 19. Jahrhunderts die christliche Esoterik gegen den Marxismus in den Kampf geschickt. So kämpft denn besonders der deutsche Volksgeist, Erzengel Michael, seitdem gegen das Böse, gegen die angebliche Verschwörung von Freimaurern, Jesuiten und Kommunisten. So lernt es jedes Kind schon im Waldorfkindergarten. Hinter den Streitern Gottes steht natürlich die unvermeidbare und unerschütterliche „geistige Welt". Das unsichtbare göttliche Gewabere ist der Urgrund, aus dem alles Materielle entstand und erkannt haben die göttlichen Urprinzipien als einzige, na wer wohl, die Anthroposophen. Genauer, der verblichene Oberseher Rudolf Steiner.

Da gegen göttliche Autorität kein Kraut gewachsen ist, gilt auch für Beuys, daß Meinungsvielfalt zerstörerisch wirke, („Pluralismus ist Zerfall...", Spiegel-Interview, Spiegel Nr.23/1984,S.178) im Sinne der Steinerschen Ideologie also die Volkskörper zersetze. Der anthroposophische Rauschgoldengel mit der Honigpumpe, Joseph Beuys, hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß er Antikommunist war, ebenso wie sein langjähriger germanophiler und ebenfalls anthroposophischer Spielgefährte Baldur Springmann. Beide kämpften bei den Grünen zusammen gegen den roten Maulwurf.

Wie Beuys im weiteren versuchte, einen „Dritten Weg" zwischen Himmel und Erde, zwischen „Fronterlebnis" und „Pluralismuszerfall", zwischen Kommunismus und Kapitalismus zu gehen, soll im folgenden beschrieben werden. Der Kunstbetrieb der bürgerlichen Gesellschaft diente ihm dabei als Flöte des Rattenfängers und er beherrschte sie virtuos. Wenn Beuys von „sozialer Plastik" sprach, stöhnte die Fangemeinde lustvoll auf und jeder kritische Reflex entschwand in übersinnliche Gefilde. So ist es bis heute geblieben, eine moderne Realsatire, eine „kosmische" Eulenspiegelei.

Jugend und Krieg als Bildungserlebnis

J. Beuys wurde am 12.5.1921 in Krefeld geboren. Während seiner Schulzeit war er, im Widerspruch zu seinem Elternhaus, Angehöriger der Hitlerjugend. 1940 wurde Beuys einberufen, erst zum Funker und dann zum Sturzkampfflieger ausgebildet. Er selber bezeichnete seine Kriegsteilnahme als „Bildungserlebnis" und nutzte seine Urlaube zum Verfassen schwärmerischer Naturlyrik. Seine Tätigkeit als Soldat und den Krieg selber begriff Beuys als unabänderliches Schicksal, das ertragen werden müße (Stachelhaus, S.23). 1943 stürzte Beuys bei einem Einsatz auf der Krim ab, wurde von Tataren aufgefunden und gesundgepflegt (Fett und Filz wurden später seine wesentlichen plastischen Materialien). Nach seiner Genesung gehörte er bis zum Ende des Krieges in Oldenburg dem letzten Aufgebot, der Fallschirmjägereinheit „Gespensterdivision Erdmann", an. Beuys war Träger des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse. 1945 geriet er in Kriegsgefangenschaft, aus der er ein Jahr später entlassen wurde. 1947 begann Beuys sein Kunststudium an der staatlichen Kunstakademie Düsseldorf.

Beuys Weg zur Anthroposophie

Während des Studiums begann Beuys, sich mit der Anthroposophie Rudolf Steiners näher auseinanderzusetzen. Der Anlaß lag in seiner frühen Verehrung des Werkes Wilhelm Lehmbrucks. Bereits 1938 fand Beuys bei einer Bücherverbrennung einen Band mit Abbildungen der Skulpturen Lehmbrucks. Durch die Auseinandersetzung damit wurde er „inspiriert", sich mit Plastiken zu beschäftigen. Beuys fühlte sich vor allem dadurch mit Lehmbruck verbunden, daß dieser gleichfalls nicht nur an das plastische Gestalten von physischem, sondern auch seelischem Materials dachte. Als Beuys später Lehmbruck als einen der Erstunterzeichner Rudolf Steiners „Aufruf an das deutsche Volk und die Kulturvölker"(1919) wiederfand, verfestigte sich für ihn der Gedanke, daß Lehmbruck ihm seine Ideen „wie eine Fackel" übergeben hätte.

1919 - Mit Christus und Kapital gegen die ArbeiterInnenmacht

Rudolf Steiner, für den der Friedensvertrag von Versailles ein Zeichen für den Niedergang der Zivilisation war, wandte sich mit dem „Aufruf an das deutsche Volk und die Kulturvölker" an leitende Persönlichkeiten, um ihnen seine Vorschläge zur Heilung der „kranken innerstaatlichen Verhältnisse" zu unterbreiten. Für ihn hatten die Westmächte und die kommunistische Sowjetunion nicht nur eine Verschwörung gegen Deutschland angezettelt, die in einen gezielten Vernichtungskrieg gegen das spirituelle Zentrum der Welt gipfelte, sondern auch seit langer Zeit die innere Zersetzung des deutschen Volkskörpers vorbereitet. Parlamentarische Demokratie, Kommunismus, die ökonomische Mitbestimmung mithilfe der Arbeitnehmerorganisationen, der Atheismus und die kriti-

sche Wissenschaft waren nach Steiner die Grundübel der damaligen Gesellschaft. In der Zeit der revolutionären Aufstände der Jahre 1918/19 fand Steiner für solche Thesen bei deutschen Kapitalfraktionen offene Ohren. Neben finanzieller Unterstützung wurde es Steiner ermöglicht, in verschiedenen Industriebetrieben vor der gesamten Belegschaft Reden zu halten. Bei den herzitierten ArbeiterInnen blieb der Erfolg der Bemühungen gering. Zwar wurden einige anthroposophische Wirtschaftsbetriebe gegründet, diese gingen jedoch bald wieder ein, nachdem die bourgeoisen Kreise ihre Unterstützung wieder entzogen. Einzig der Direktor der Waldorf-Astoria Zigarettenfabrik blieb dem Meister treu. Hier wurde auch die erste Waldorfschule gegründet. Aus dem „Arbeiterheiland" Steiner wurde ein „Waldorf-Astoria-Heiland", der einen zunehmend bourgeoisen Lebensstil zur Schau stellte.

Die „Dreigliederung des sozialen Organismus"

Das von Steiner als „größtem geistigen Führer" entwickelte Gesellschaftsmodell sieht so aus, daß das öffentliche Leben in drei autonome, sich selber verwaltende Gebiete mit eigener Organisation gegliedert wird:

1. Das Wirtschaftsleben

„...sorgt für brüderlichen Anteil aller Menschen an den materiellen Gütern dieser Erde"(ABC,S.54). „Brüderlichkeit heißt, das jedem nach seiner Art und dem Maß seines Bedarfes zugedacht wird, was er braucht; nicht jedem das gleiche, sondern jedem das Seine" (ABC,S.53). („Jedem das Seine" stand auch am Eingangstor zum Lager Buchenwald.) Das Wirtschaftsleben ist eine autoritäre Verwaltungsangelegenheit, in der Güter erzeugt werden und für die materiellen Bedürfnisse gesorgt wird. Wirtschaftliche Angelegenheiten werden einzig von den „ökonomisch Fähigen" entschieden, bestimmt und gesteuert, denen auch das Eigentum an den von ihnen verwalteten Betrieben übergeben wird. Über den Einsatz der ArbeiterInnen entscheiden die wirtschaftlich Sachkundigen, während die rechtlichen Arbeitsbedingungen von der „Staatsverwaltung", dem Rechtsleben geregelt werden sollen.An dieser zweiten Organisationsform, dem

2. Rechtsleben,

nimmt jeder „einfach mündige Bürger" in der Form teil, als daß er nach dem Gleichheitsprinzip mit einer Stimme an Volksabstimmungen beteiligt ist, die gesetzliche Regelungen betreffen.

Die letzte und den beiden anderen Organisationsformen übergeordnete Instanz ist das

3. Geistesleben,

dessen Ideal der Freiheit die wirkliche Mündigkeit zum Ziel hat, also die religiös-spirituelle Führerschaft. Das Geistesleben kann und darf nach Steiner nicht den profanen Rechtsregelungen des nur „einfach mündigen Bürgers" unterworfen werden, sondern benötigt eine „Selbstverwaltung" unter strenger Berücksichtigung geistiger (=esoterischer) Hintergründe. Teilnehmen an den Prozessen des Geistesleben können nur „wirklich mündige Bürger", das sind jene, die erkannt haben, das alles auf dieser Welt nur ein materielles Abbild religiöser Ideen ist und das Weiterentwicklung zuerst auf der geistigen Ebene stattfinden muß und nur von dort aus Impulse zur materiellen Verwirklichung kommen. In der Praxis heißt das, daß Vorschläge zur Veränderung wirtschaftlicher und rechtlicher Angelegenheiten von den „wirklich mündigen Bürgern" aus dem Geistesleben an das Rechtsleben geleitet werden, wo dann der „einfach mündige Bürger" über diese Vorschläge abstimmt.

Das Geistesleben ist zuständig für sämtliche Bereiche in denen Erziehung stattfindet (d.h. Schulen, Universitäten u.s.w.), um zu gewährleisten, daß die Menschen nach den Grundsätzen anthroposophischer Lehre erzogen werden.

Steiners Modell einer Gesellschaft zielt auf einen organischen Staat, in dem keine Konflikte stattfinden dürften. Arbeitnehmervertretungen und Parteien sollten abgeschafft und die Ständeorganisationen von anthroposophisch oder ökonomisch fähigen Eliten geleitet werden. Internationale Beziehungen dürften nur noch auf ökonomischer Ebene stattfinden. So könne der spezifische Volkskörper vor fremden Einflüssen geschützt werden. Wer in dieser Gesellschaft spirituell höher stehe, bestimmt eine anthroposophisch geschulte Priesterkaste, wobei der Grad der Erleuchtung eines Menschen seiner Stellung in der Ökonomie, der Justiz und dem Geistesleben entspreche. Die führende Stellung in der Welt solle das arische Europa übernehmen, das die Aufgabe habe, die übrige Welt mit dem wahren anthroposophischen Christentum zu missionieren.



Joseph Beuys, „Ausfegen", Aktion am 1. Mai 1972 auf dem Karl-Marx-Platz, Berlin (West)

Beuys' „Soziale Plastik" und „Dreigliederung"

Die Idee Steiners, daß in jedem Menschen Fähigkeiten schlummerten, durch die er sich Erkenntnisse über höhere Welten erwerben könne, ist der Ausgangspunkt der Beuysschen Überlegung des „erweiterten Kunstbegriffes".

Der erweiterte Kunstbegriff wird am treffensten gekennzeichnet mit Beuys' Ausspruch „Jeder Mensch ein Künstler". Damit ist gemeint, daß jeder Mensch kreative Fähigkeiten besitze, die erkannt und ausgebildet werden müßten. Kreativ wird hier nicht im herkömmlichen Sinne verstanden, sondern meint die Fähigkeit, sich der „höheren Welten" jenseits der materiellen Welt bewußt zu werden und das Ziel des menschlichen Daseins in der Erlangung „höherer Erkenntnisse" zu sehen. Erst mit Besitz dieser „höheren Erkenntnisse" könne der Mensch an der „geistigen Evolution" aktiv teilnehmen. Nach Beuys sei nur der Mensch, der sich als ein religiöses Wesen in einem höheren Zusammenhang erkenne geeignet, die sozialen Aufgaben zu lösen. „Der Mensch als Bodenstation für etwas Größeres" („Jeder Mensch ein Künstler", S.66).

Die Beuyssche Erkenntnis von der Kreativität des Menschen führte ihn dann zu der Frage, wie sich das Zusammenleben der Menschen gestalten müßte, um zu einem ökologischen und sozialem „Gesamtkunstwerk" zu werden, von ihm als „soziale Plastik" bezeichnet. Hier griff er zurück auf Steiners Idee der Dreigliederung. Was Beuys „soziale Plastik" nennt, entspricht dem Steinerschen Modell der „Dreigliederung des sozialen Organismus".

Beuys als Bodenstation des verblichenen Meisters

Der Anthroposoph Beuys versuchte auf verschiedenen Ebenen, die anthroposophische Weltanschauung und das entsprechende Gesellschaftsmodell zu verbreiten.

Zum einen wollte er mit seinen Gebilden den Grundsatz, das jeder Mensch nur als Künstler an der Gestaltung einer neuen Gesellschaft teilnehmen könne, ausdrücken.

Zum anderen war er aktiv in verschiedenen Organisationen und Unternehmungen, in denen er versuchte, das von Steiner formulierte Dreigliederungsmodell bekanntzumachen. Beuys selber führte dabei an: „Die Hauptaktivität lag immer auch in den Orga-

nisationen und Unternehmungen wie dem von mir mitbegründeten Achberger Kreis, der Organisation für direkte Demokratie, der Freien Hochschule für Kreativität, meiner Mitwirkung bei der Gründung der Grünen oder meiner Aktion zur Documenta 7..."(Spiegel-Interview, Spiegel Nr.23/1984, S.179). Was Beuys bei dieseer Aufzählung unterschlug, war seine Kandidatur 1976 zur Wahl des 8.Bundestages für die Partei AUD - Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher. Die AUD (1979 aufgelöst) war eine völkische Partei, deren Ziel darin bestand, den Deutschen nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus eine neue Identität zu schaffen. Sie forderte die Überwindung des Klassenkampfes, die Verständigung zwischen Einheimischen (Deutschen). und Vertriebenen, zwischen Arbeitern, Mittelstand und Unternehmen sowie zwischen den verschiedenen politischen Strömungen von rechts nach links im Interesse der Entstehung einer „überzeugenden Volksordnung".

Auf der Grundlage dieser „neuen Volksordnung" strebte die AUD weiterhin ein Modell an, das der Vision des „Dritten Weges" zwischen Kommunismus und Kapitalismus entspricht.

Als Anthroposoph konnte Beuys sich mit den Zielen dieser Partei identifizieren, war er doch überzeugt, daß jedes Volk eine eigene Volksseele besitze. Danach habe jedes Volk eigene Fähigkeiten und einen eigenen Ausdruckscharakter. Völker sollten sich gegenseitig ergänzen und dürften sich nicht vermischen (Jeder Mensch ein Künstler, S.62).

Gleichzeitig engagierte Beuys sich in der von ihm 1970 gegründeten Organisation „Freie Volksabstimmung e.V.", bzw. in der 1971 gegründeten „Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung". Diese Organisation arbeitet ausdrücklich mit dem Dreigliederungsmodell Steiners. Praktischer Ausdruck dieser Aktivitäten ist die „Aktion Volksentscheid", eine Initiative, die darauf abzielt, die Volksabstimmung „für alle Deutschen" gesetzlich zu verankern. Dies wird als erster Schritt, als Basis des Gesamtkunstwerkes der Dreigliederung des sozialen Organismus betrachtet.

Nachdem sich 1979 die AUD auflöste, beteiligte Beuys sich mit anderen ehemaligen AUD-Mitgliedern an der Gründung der „Grünen" und wurde dort Kandidat bei der Wahl zum Europaparlament.

1986 starb Beuys - oder wie die Anthroposophen sagen: er ging in eine andere Welt hinüber. Wenn man **Johannes Stüttgen**, seinem Meisterschüler und geistigem Nachfolger glauben will, wird Beuys dort wohl aufgrund seines Engagements zur Entwicklung der sozialen Skulptur bleiben dürfen. Dort besteht dann auch für ihn die Möglichkeit, noch höhere Erkenntnisse zu gewinnen und weiter aufzusteigen. Allen Uneinsichtigen und spirituell Unterentwickelten droht Stüttgen für den Fall des Hinüberreitens zu den Ahnen an:"...dann werden wir uns ganz schön wundern und feststellen, daß dieser Körper möglicherweise ein ganz wichtiges Instrument gewesen ist, welches ich jetzt nicht mehr zur Verfügung habe, und das ich später möglicherweise noch einmal zurück in den Körper muß, weil ich noch garnicht alles geleistet habe, was ich zur Entwicklung des Freiheitswesens und zur Entwicklung der sozialen Skulptur hätte beitragen können"(Flensburger Hefte Nr.24, S.160).

Na, lieber wieder zurück, als vor den Thron zu kriechen, auf dem Vater (Steiner) und Sohn (Beuys) sitzen und die himmlischen Heerscharen bis in alle Ewigkeit meisterlich belehren.

Literatur:

Adolf Baumann: ABC der Anthroposophie. Ein Wörterbuch für jedermann, Bern 1986

Joseph Beuys, Clara Bodenmann-Ritter: Jeder Mensch ein Künstler, Frankfurt/M. 1975

Raimund Hethey und Peter Kratz(Hg.): In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservatismus und Neo-Faschismus, Göttingen 1991

Flensburger Hefte Nr. 24: Direkte Demokratie 1789 - 1989, Flensburg 1989

Heiner Stachelhaus: Joseph Beuys, Düsseldorf 1987

Lisa Böhne

„Beruf Neonazi" - Propagandafilm für „Die Auschwitzlüge"

Beweis: der Filmaufbau

1.) Auftritt **Zündel** als „Vater" der revisionistischen Bewegung. Sein Lebenswerk ist die Aufklärung über „Die Auschwitzlüge". Als Auftraggeber des „Leuchter Reports" propagiert er die Tatsache, daß sich in Trümmern der Gaskammern von Auschwitz-Birkenau keine Giftspuren mehr finden, (weil diese Trümmer fünfzig Jahre jeder Witterung ausgesetzt waren) als „Beweis", daß dort keine Menschen fabrikmäßig ermordet worden sein können.

2.) Auftritt **Althans** als „Erbe" dieses Lebenswerkes des Meisters, an dem er schon zu dessen Lebzeiten mitwirkt.

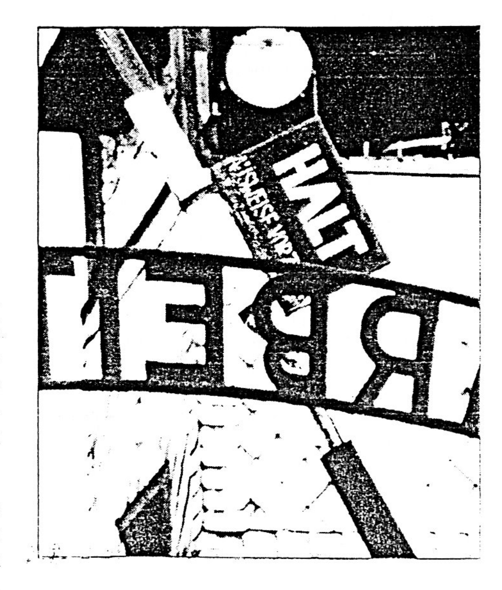
3.) Auftritt **Irving** (Pseudohistoriker mit dem inhaltlichen Schwerpunkt „Die Auschwitzlüge"), das Lebenswerk Zündels wird auch von Männern der „Wissenschaft" mitgetragen und findet

4.) auch internationale Beachtung, Auftritt **Valera** (Herausgeber des faschistischen spanischen Magazins CEDADE und Chef der gleichnamigen Organisation) ohne über Namen und Funktion des Gezeigten aufzuklären.

5.) Auftritt Althans in der Wohnung seiner Eltern in Hannover. Als Aussteiger, der aber dennoch aus ordentlichen bildungsbürgerlichen Zusammenhängen kommt. An dieser Stelle gewinnt der Film ein einziges Mal unfreiwillig Qualität: als Realsatire. In diesem Ambiente verbreitet sich der gutbetuchte biologische Erzeuger eines Faschisten darüber, daß Faschisten durch Arbeitslosigkeit erzeugt würden.

6.) Höhepunkt des Films: Auftritt Althans im Stammlager Auschwitz. Bonengel hat ihn dorthin geschafft und ihm die Gelegenheit gegeben die „Weisheiten" des Meisters Zündel an der Mordstätte der Nazis, in der sogenannten provisorischen Gaskammer auszuposaunen: „Wo kann denn hier der Rauch abziehen?" Dann kann er Besucher im Gebäude und auf der Lagerstraße anpöbeln, behaupten die Insassen hätten zu ihrer Belustigung ein Schwimmbecken zur Verfügung gehabt und zwischen den Gebäuden auf der Lagerstraße verkünden „Hier ist mir zuviel Ungeziefer, das müßte vergast werden."

7.) Selbstinszenierung Althans':
- Seine „Arbeit" in Polen als Erfüllungsgehilfe Zündels,
- Gespräch mit einem deutschen Faschisten, der als Söldner in Kroatien kämpft,
- in seiner Münchener „Zentrale",
- bei einem Auftritt in der ehemaligen DDR in einem Kneipenhinterzimmer.



Beweis: Aufnahmetechnik und andere Tricks mit denen der Propagandaeffekt gestützt und/oder hergestellt wird

Die Kameraführung dient nicht der Widergabe der Wirklichkeit: Zündels Büro wird so aufgenommen, daß es Fußballplatzgröße zu haben scheint. Dagegen sind Größe und Ausstattung der Druckerei durch die Aufnahmetechnik nicht einmal zu erahnen, scheinen aber zum Renommieren ungeeignet zu sein. Personelle und finanzielle Größenordnungen werden suggeriert, nicht dokumentiert. Wir bekommen weder einen MitarbeiterInnenstab bei der Arbeit zu sehen, die „zehntausende von Videocassetten jährlich verschicken",

noch einen Blick in die dafür notwendige Versandabteilung. Ähnlich wird im Ladenlokal verfahren, in dem Althans residiert. Bei seinen Auftritten wird er durch Aufnahme aus der Froschperspektive zum „charismatischen Führer" stilisiert.

Zündel wie Althans bekommt Gelegenheit die Spendenfreudigkeit seiner AnhängerInnen zu demonstrieren: Für das Filmteam werden aus Briefumschlägen Geldscheine in unterschiedlicher Höhe gezogen. Im Fall Zündel wird die Szene durch Nachfrage Bonengels, nach der bisher höchsten Spende noch verstärkt.

Zündel wird die Möglichkeit gegeben, sich in der Nachahmung einer KZ-Uniform zu präsentieren und zu verkünden, auf diese Weise mache er Reklame, da die „KZ-Nummern" (auf Mütze, Vorder- und Rückenteil der Jakke) seine Telefonnummer sei. Bonengel läßt Zündel diese Nummer fast eine Minute in Großaufnahme präsentieren.

Eine andere Art von Unterstützung sind die Aspekte, die in der „Dokumentation" gleich weggelassen worden sind.

Grundsätzlich werden Teilinformationen in Stichworten gegeben, die nur für Faschisten, oder Leute die sich über antifaschistische Arbeit im Bereich auskennen, verständlich sind. D.h. von einer „Dokumentation" für die Allgemeinheit kann keine Rede sein.

Interessant wäre es auch gewesen, etwas über Schulabschluß und/oder Ausbildung dieses Berufsnazis zu erfahren. Schließen wir von den Möglichkeiten des Elternhauses, so müßte er bei durchschnittlicher Intelligenz im jetzigen Alter von 28 Jahren einen Hochschulabschluß oder eine Ausbildung nachweisen können.

Das Schmarotzertum an den eigenen Leuten, welches sich hinter dem Beruf „Neonazi" verbirgt läuft meistens auf der Krämerebene ab. Mit dem Verkauf von Flugblättern, Aufklebern, Broschüren und Videos will sich jeder Faschist, der sich für einen „Führer" hält, über Wasser halten. Das Zündel wie Althans nichts kostenlos tun, davon erfahren wir nichts, stattdessen wird das Spendenmärchen breitgetreten.

Wir erfahren ebenfalls nichts über Althans Freundin **Maria Emberger** aus Dresden, eine neun Jahre jüngere Realschülerin. Sie wird von Althans angehalten als „Kampfgefährtin" Verbindungen in der ehemaligen DDR aufzubauen. Als Zwölfjährige aus der Bahn einer Karriere als Eisschnelläuferin geworfen hat sie im Faschismus einen Ersatz gefunden, sich aus der Masse hervorzuheben.

Der Film wurde aus öffentlichen Mitteln finanziert. Auf die immer lauter werdende Kritik hin wurde dem Film ein marktschreierisches Vorwort angeklebt:

„Sehen Sie selbst. Hören Sie selbst. Urteilen Sie selbst."

„... ein berechtigter Appell an die kritische Vernunft 'mündiger Staatsbürger'; aber wenn der Betrachter mit propagandistischen Tatsachenbehauptungen allein gelassen wird, ohne daß der Film die historischen Tatsachen dagegenhält ... dann handelt er sich - auch in der Osnabrücker Debatte - den Vorwurf ein, nur ein Propagandafilm für die Naziszene zu sein." (NOZ vom 31.1.94)

Andreas Speit

RECHTSDRUCK
Kriminalisierung der Nazipresse-Boykott-Aktionen

Die Nazipresseboykottaktionen in vielen Städten der Bundesrepublik zeigen Wirkung. Unter der Überschrift „Linke Boykotthetze abwehren - Maßnahmen zur Sicherung der Pressefreiheit" rief die „Deutsche National Zeitung" (DNZ) im April 1993 ihre Leser zur Mithilfe gegen die laufenden Nazipresseboykottaktionen auf.

„In der Stunde der höchsten Bedrohung" sei es notwendig, daß alle Leser zusammenwirken, betonte die DNZ und bat diese, wenn sie Boykottaufrufe entdecken, jene unverzüglich zu den DSZ-Druckschriften und Zeitungsverlag GmbH, Hrsg. Dr. **Frey**, zu senden, um so die „Terroristen der linken Szene" strafrechtlich verfolgen zu können. Im selben Tenor erschien in der „Deutschen Wochenzei-



tung" eine Woche später ein Artikel. Die Aufrufe haben Konsequenzen. In etlichen Städten laufen Ermittlungsverfahren gegen Personen, die die Nazipresseboykottkampagne tragen. Die ersten Strafanzeigen liegen vor.

Schon einen Monat vor dem Aufruf bekam das Krefelder Magazin „Stadtkultur" diesen neuen Kurs zu spüren. Nachdem in der Mai-Ausgabe 1993 ausführlich über die Kampagne berichtet wurde, stellte der DSZ-Verlag Strafantrag wegen Nötigung gegen den Verfasser des Artikels und die Redaktion der „Stadtkultur", als auch wenig später gegen die Gruppen, von denen die Kampagne betrieben wird.

In Steinfurt ermittelt die Polizei wegen des Verdachts der Nötigung, Bedrohung, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruchs und eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz unter anderem gegen autonome Gruppen und die SDAJ. Ebenso in Oldenburg. Dort sucht die Polizei den Kreisvorsitzenden der SDAJ, bisher vergeblich, um ihm eine Vorladung zu überreichen. Indes bekam jemand, dessen Personalien bei einer Flugblattverteilung von der Polizei festgestellt wurden, eine Anklageschrift übersendet.

Als juristischen Beistand für die systematische Kriminalisierung hat sich Dr. Frey nicht einen seiner Hausanwälte geholt, sondern den „Star-Anwalt der deutschen Nazi-Szene", **Jürgen Rieger.**

Die Berliner Polizei wartete nicht erst auf eine Anzeige. Mit Bildmappen von Antifaschisten ging sie zu Kioskbesitzern, um diese zu überreden, Briefautoren, die auffordern die DNZ nicht mehr zu verkaufen, anzuzeigen. Verstärkt ermittelte die Berliner Polizei seit der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober 1993. Nach Vorwarnungen an Vertriebe und Einzelhändler, die neofaschistische Printmedien weiter vertrieben, wurden in der Nacht rund 50 Zeitungsläden und Kioske durch Buttersäure beschädigt oder dessen Türschlösser zugeklebt. Einige Kioske brannten ab.

Dies waren die einzigen militanten Aktionen. Bei den anderen handelte es sich um Anschreibeaktionen der Grossisten und / oder Zeitungs- und Kioskbesitzer und Flugblattverteilungen, die zur strafrechtlichen Verfolgung führten.

In Bochum sah sich die Geschäftsleitung von Allkauf berufen die Pressefreiheit zu schützen. Sie rief bei einer Flugblattverteilung die Polizei, welche die AntifaschistInnen einkesselte und dann in aller Ruhe deren Personalien feststellte.

Über soviel Solidarität und Resonanz auf ihren Aufruf werden sich die Macher von der Deutschen Nationalzeitung und der Deutschen Wochenzeitung freuen. Aber auch die Deutsche Stimme, Criticón und die Junge Freiheit werden wohl hoffen, ungestört weiter publizieren zu können. Das dem so nicht sein wird, belegen die laufenden Aktionen trotz der Gefahr der Kriminalisierung.

Quellen:

Antifaschistisches Info, Nr. 25, Dezember/Januar 1993/94, S. 27

Deutsche National-Zeitung: Linke Boykotthetze abwehren, 16. April 1993

Deutsche Wochenzeitung, 23. April, 1993

SDAJ-Bundesvorstand (Hrsg.): Dokumentation zu den rechten Kriminalisierungsversuchen der Nazipresseboykottaktionen, Essen, 1994

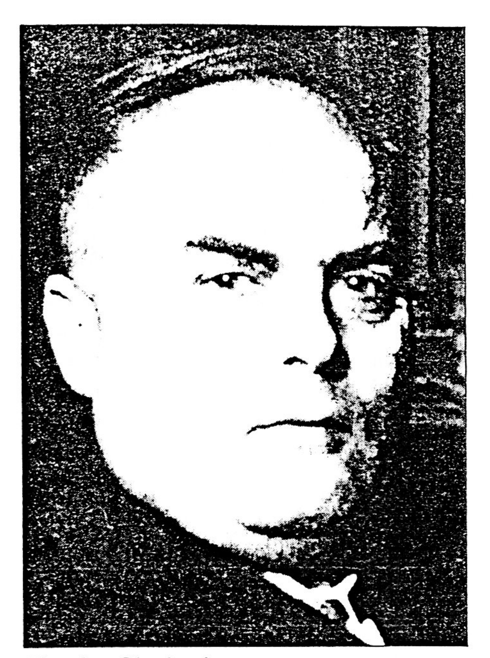
Ulrich Schneider

Theodor Oberländer - „endlich rehabilitiert“!?

In der Silvesterausgabe beglückte die „Sudetendeutsche Zeitung“ ihre Leser mit der Meldung, daß „Bundesminister a.D. Prof. **Theodor Oberländer** endlich rehabilitiert“ sei. Wer solches für einen schlechten Scherz gehalten haben sollte, wird eines besseren belehrt. Das Landgericht Berlin hat am 24. November 1993 tatsächlich beschlossen, das Urteil des Obersten Gerichts der DDR vom 29. April 1960 gegen Oberländer „wegen fortgesetzt begangenen Mordes, fortgesetzter Anstiftung zum Mord, fortgesetzter Teilnahme an Verbindungen, die Verbrechen gegen das Leben bezweckten und wegen fortgesetzt begangener Aufforderung anderer zur Begehung von Verbrechen“ aufzuheben.

Die Urteilsbegründung des DDR-Gerichts zeigte schon, daß Oberländer, der es unter Adenauer in der BRD bis zum Vertriebenenminister gebracht hat, kein „kleiner Nazi“ war. Als „Reichsleiter“ des BDO (Bund Deutscher Osten) und Leiter des Verbandes Ostpreußen des VDA wurde er in der Kriegsvorbereitung gegen Polen und die UdSSR eingesetzt. Er leitete als „Abwehr“-Offizier verschiedene Diversionsaktionen und den Aufbau des berüchtigten Bataillons „Nachtigall“. Dieses von Oberländer geführte Bataillon war für zahlreiche Massaker an der Zivilbevölkerung verantwortlich, das grausamste sicherlich Ende Juni 1941 in der Stadt Lwow (Lemberg), dem mehrere tausend Männer, Frauen und Kinder zum Opfer fielen. Bis zum Rückzug der faschistischen Truppen war Oberländer für die „Partisanen“-Bekämpfung verantwortlich, was nichts anderes als Terror gegen die Zivilbevölkerung im Hinterland der Front bedeutete.

In der BRD wurde er für diese Verbechen nie verfolgt. Durch die Justiz der DDR wurden diese Fakten jedoch in einem Verfahren und einem Urteil öffentlich gemacht. Oberländer mußte aufgrund dieser Veröffentlichungen als Bundesminister zwar zurücktreten - mehr passierte ihm im Westen jedoch nicht. Am 17. Juni 1993 - welch sinniger historischer Bezug - gab die CDU/CSU-Fraktion sogar noch eine „Ehrenerklärung“ für diesen Kriegsverbrecher ab.



Theodor Oberländer

Nun - nach der Abwicklung der DDR und ihrer Justiz - wurde auch dieses Urteil aufgehoben. Angesichts der Fülle der Beweise für die verbrecherische Tätigkeit Oberländers traute sich das Berliner Landgericht nicht, Oberländer als unschuldig zu bezeichnen. Vielmehr erklärte das Gericht: „Dieses Urteil ist rechtsstaatswidrig und wird aufgehoben, weil die Hauptverhandlung gesetzwidrig in Abwesenheit des Betroffenen durchgeführt wurde.“ Es hat zwar damals eine Ladung des Gerichts an Oberländer gegeben, aber ihm war schon klar, warum er lieber im „sicheren Westen“ blieb.

Es bleibt nur nachzutragen, daß die Kosten dieses Verfahrens, einschließlich „die notwendigen Auslagen des Betroffenen im Rehabilitierungsverfahren“ die Landeskasse Berlin, d.h. der Steuerzahler zu tragen hat. Wahrlich ein gelungener Abschluß des Jahres 1993!

Rinke van den Brink

- Preußische Werte -

Die niederländische Centrumspartei '86 rekrutiert Nazis

Der folgende Artikel erschien zuerst in der niederländischen Zeitschrift „Vrij Nederland“ am 22.01.1994. Für den Rechten Rand übernahm Yasmin Khan dankenswerterweise die Übersetzung.

Sie sehen sich selbst als die Erben der SA, die Schlägertruppe von Hitlers NSDAP. Die „Revolutionäre“ der Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) sehen verächtlich auf die Centrumsdemokraten und die Centrumspartei '86 herab. Aber sie versuchen über die CP'86, bei den Wahlen am 2. März, einige Gemeinderatssitze zu gewinnen. Ein Gespräch mit dem Nazi-Führer **Eite Homan**.

ANS-Bereichsführer Eite Homan ist erpicht darauf, den Unterschied zwischen seiner Kaderorganisation und den rechtsextremen politischen Parteien zu verdeutlichen. Seine ANS, eine international verzweigte Organisation, will das System stürzen. Dazu berufen sie sich auf ein 25 Punkte umfassendes Programm, daß Hitlers NSDAP am 24.02.1920 in München aufstellte. Die wichtigsten Ziele sind die Aufhebung des Verbotes nationalsozialistischer Aktivitäten, sowie der Wiederaufbau der NSDAP (in den Niederlanden der NSNAP). Die ANS und die rechtsextremen politischen Parteien eint der Fremdenhaß.

Homan: „Wir sind gegen die Überfremdung unseres Landes, nicht aber gegen einzelne Ausländer. Zu unserer Strategie und Taktik gehören also keine Brandschatzungen ägyptischer Imbisse. Wir wissen, daß ein großes internationales Finanzkapital hinter der Einreise der Emigranten steht.“ Obwohl die ANS-Aktivisten wahrlich nicht vor Gewaltakten zurückschrecken, scheinen sie sich doch vornehmlich mit Propagandaaktionen zu beschäftigen: Plakataktionen, Graffitis sprühen, Aufkleber verteilen und Flugblätter verbreiten. Über diese Aktivitäten wird regelmäßig im ANS-Blatt „Die Neue Front/Widerstand“ berichtet.

Homan: „Als ANS fühlen wir uns mehr den Linksrevolutionären, als den Reaktionären aus dem rechten Lager verbunden. Bei uns liegt der Schwerpunkt des Begriffes Nationalsozialismus auf dem Wort Sozialismus. Für uns ist das keine leere Worthülse. Wir sind der linke Flügel der Bewegung. In der Weimarer Republik hießen wir Nationalbolschewisten. Und diese Zeit ist nun wieder da.“

Homan erzählt, daß 1993 in Dresden Absprachen zwischen der lokalen Führung der Nationalen Offensive (NO), einer nationalsozialistischen Vorfeldorganisation, die mit der ANS verbunden ist, und der 2. Vorsitzenden der lokalen PDS, Frau Ostrowski, getroffen wurden. Man will, so Homan, in den Bereichen, in denen Gemeinsamkeiten zwischen NO und PDS bestehen, zusammenarbeiten. „Besonders in sozialen Fragen“, erläutert er. Als die Gespräche zwischen NO und PDS publik wurden, - die, so hat man mir in Dresden bestätigt, tatsächlich stattgefunden haben - ist Frau Ostrowski zurückgetreten. Homan: „Die Gespräche waren gar nicht schlecht. Wir haben einige Berührungspunkte mit Teilen der alten SED, der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei. Die vertreten größtenteils die selben Positionen wie wir. Auch was das 'Nationale' betrifft. Und natürlich sind dort auch noch die alten preußischen Werte wie soldatische Tugend, Disziplin, Ordnung, Sauberkeit usw. vorhanden. Die werden dort noch hoch angesehen.“

Am liebsten würde Homan, wie die SA und die Kommunisten in den zwanziger Jahren in Deutschland, zusammen mit den Links-

revolutionären auftreten: „Wir müssen ja nicht Arm in Arm über die Straße laufen und zuerst die Internationale und im Anschluß daran das Horst-Wessel-Lied singen. Aber wir würden uns gegenseitig in Ruhe lassen. Der größte Feind ist das System." Homan meint, daß sich solche Allianzen geradezu aufdrängen. Mit Stalinisten und Maoisten kommt er politisch hervorragend klar. Homan, einst selbst Mitglied der maoistischen KEN: „Die wahre chinesische Variante des Kommunismus ist dem Nationalsozialismus sehr ähnlich. Von Nord-Korea ganz zu schweigen, einem Führerstaat wie aus dem Bilderbuch."

Die Roten Khmer in Kambodscha und Sendero Luminoso (Peru) haben jeder eine nationale Form des Sozialismus entwickelt. „Das sind typische Nationalkommunisten, die unsere volle Unterstützung verdienen", meint der niederländische Nazi-Führer. Im eigenen Land will diese Art von Zusammenarbeit mit Linksextremisten allerdings nicht so recht klappen. Die Nazis der ANS sind deshalb auf die rechtsextremistischen Parteien angewiesen, die man eigentlich als verweichlichte Nationalisten ansieht.

„Die nationaldemokratischen Parteien, wir sprechen hier von nationalreaktionären, sind Reformer, wir aber sind Revolutionäre. Vergleichbar mit der alten Unterscheidung in der Arbeiterbewegung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Wenn wir parlamentarisch tätig werden würden, dann nur in sofern es in unsere Strategie der revolutionären Umwandlung passen würde. Genau wie die Kommunisten früher."

Der Vergleich mit den revolutionären Kommunisten taucht im Laufe des Gesprächs immer wieder auf. Zum Beispiel im Zusammenhang mit der kommunistischen Infiltrationstechnik. Im März 1990 saß der Nationalsozialist und Führer des ANS-Stützpunktes Alkmaar/Purmerend, **Richard Van der Plas**, im Gemeinderat von Purmerend. Die 'Neue Front/Widerstand' schrieb damals: „Die Bereichsleitung der Aktionsfront Nationaler Sozialisten berät darüber, ob die ANS-NL versuchen sollte, systematisch Einfluß auf die nationalkonservativen Parteien zu bekommen." Das Zitat stammt aus dem Buch „... en morgen de hele wereld? Het Aktionsfront Nationale Socialisten" von Karel ten Haaf (Hg. vom „Facisme Onderzoek Kollektief" Postbus 10748, 1001 ES Amsterdam im Dezember 1992).

Homan bestätigt, daß Van der Plas auch nach seiner Wahl zum Gemeinderatsmitglied weiterhin aktiv in der ANS tätig war, bis ihm der CD-Führer **Janmat** ausdrücklich Naziaktivitäten verbot.

1990 warf die ANS-Leitung die Frage auf, ob die Organisation systematisch versuchen sollte, Einfluß auf die rechtsextremen Parteien zu nehmen. Dies wurde bekannterweise positiv beantwortet.

Homan: „Die CP'86 hatte einen enormen Zulauf, einer ganzen Anzahl von bekannten und renommierten Aktivisten aus dem nationalsozialistischen Spektrum."

B.: „Ist es die Taktik der ANS über die CP '86 in die Gemeinderäte zu gelangen?"

Homan: „Darüber geben wir keine Auskunft, aber die Fakten sprechen doch wohl für sich selbst, würde ich sagen."

B.: „Wer ist in Groningen Spitzenkandidat der CP '86?"

Homan: „Ich auf jeden Fall nicht. Ich bin kein Mitglied der CP '86 und habe auch nicht die Intention das zu ändern. Das wäre auch unlogisch, da mir bekannt ist, daß die Nationalsozialisten, die auf den Kandidatenlisten der CP stehen, sich einige Maßregelungen gefallen lassen müssen. Sie sind dazu verpflichtet, sich in der Öffentlichkeit von jeder nationalsozialistischen Aktivität fernzuhalten, wie z.B. der Verherrlichung Großdeutschlands oder der Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes."

B.: „Sind viele Leute in diese Sache verstrickt?"

Homan: „Genug, um die Sache ernst zu nehmen. In einigen Orten sind ausschließlich Nationalsozialisten auf den Kandidatenlisten vertreten. Aber wie schon gesagt, sie bekommen Maulkörbe von den Parteibossen verpaßt. Ich würde mir so etwas niemals gefallen lassen."

B.: „Ich kann mir vorstellen, daß es eine Art von Rollenverteilung gibt, bei der eine Anzahl von Leuten sich bestimmte Verhaltensweisen diktieren läßt, um in der Partei an Einfluß zu gewinnen."



Eite Homan, Chef der ANS-Niederlande

Homan: „Sie meinen Infiltrationstechnik. Dazu möchte ich mich nicht weiter äußern."

B.: „Schon vorab am Telefon sagten Sie mir, daß die ANS Kontakte zu bestimmten Abteilungen der CP '86 hat. Meinen Sie damit das, worüber wir jetzt reden?"

Homan: „Nein, das existiert losgelöst hiervon. Dabei geht es um führende Personen der CP '86, die nicht bei uns organisiert sind."

B.: „Aber die schon vergleichbare Auffassungen vertreten?"

Homan: „Vergleichbare Auffassungen und Ideen, die ein ganzes Stück in unsere Richtung gehen. Aber das ist etwas anderes, als die Nationalsozialisten, die auf den CP '86 Wahllisten stehen und bei uns oder der NO organisiert sind. Außerdem ist in Rotterdam der OVNS, der „Onafhankelijke Verband van Nationale Socialisten", reaktiviert worden. Dabei handelt es sich um eine lokale Rotterdamer Gruppe, die aus den Jahren 1983-1984 stammt."

B.: „Schon eher im Gespräch nannten sie die CP '86 und andere rechtsextreme Parteien nationalreaktionär. Nun stehen also revolutionäre Nationalsozialisten auf den Wahllisten einer dieser Parteien. Und es handelt sich hierbei nicht um Abtrünnige. Das ist doch nur damit zu erklären, daß es in ihre Strategie paßt?"

Homan: „Wenn es Abtrünnige wären, hätte ich sie nicht als Nationalsozialisten bezeichnet."

B.: „Dann stehen sie also mit ihrer Zustimmung auf den Wahllisten der CP '86?"

Homan: „Sie sagen es. Aber zu dem 'Wie' und 'Warum' werde ich mich nicht weiter äußern."

B.: „Ich werde in den Wahllisten nachsehen, wenn sie am 18. Januar veröffentlicht werden."

Homan: „Ich kann Ihnen schon einmal mit ein paar Namen weiterhelfen: **Freling**, **Van Ham**, **Van Tubbergen** und noch ein paar mehr in Rotterdam."

Martin Freling ist einer derjenigen, die 1984 in den Niederlanden die ANS gegründet haben. Davor hatte er, u.a. mit John van Ham, in Rotterdam den OVNS errichtet.

Das Amsterdamer CP '86 - Gemeinderatsmitglied und Hauptvorstandsmitglied **Wim Beaux** - er ist erneut Spitzenkandidat - scheint die Behauptungen von Homan zu bestätigen. „Es ist keine bewußte Entscheidung von uns, ex-ANS-Mitglieder oder ANS-Aktivisten auf unsere Kandidatenlisten zu setzen. Aber es ist durchaus möglich, daß sie dort vertreten sind. Das scheint mir aber eher unwahrscheinlich."

Das Haager Gemeinderatsmitglied und Hauptvorstandsmitglied der CP '86 **Stewart Mordaunt**, erneut Spitzenkandidat für Den Haag, erklärt, daß die CP '86 nicht sehr wählerisch sein kann, was die Auswahl ihrer Kandidaten betrifft. „Ich bin schon zufrieden, wenn sie keine Drogen nehmen. Es ist sehr schwierig, Leute zu finden. Nirgendwo sonst gibt es eine derart repressive Gesetzgebung gegenüber Parteien wie unserer, wie in diesem Land. Vertritt man eine bestimmte Meinung, so kann man sie nicht laut äußern. Lehrer und Beamte können ihre Zukunft vergessen, wenn sie auf unseren Kandidatenlisten stehen. Ob nun Nationalsozialisten auf unseren Listen stehen oder nicht, wenn sie uns verbieten wollten, würden sie es so oder so tun. Also, was das betrifft, spielt es keine Rolle. Es geht darum, daß sie unsere Botschaft über die multirassische und multikulturelle Schweinerei nicht hören wollen. Die Botschafter selbst spielen dabei keine Rolle."

Mordaunt sagt, daß die von Homan genannten Personen Ex-Mitglieder der „Jongeren Front Nederland" (JFN) sind. JFN-Führer Mordaunt löste seine Organisation 1990 auf, als ein Gericht in Breda die JFN als kriminelle Vereinigung einstufte, wegen ihrer Beteiligung bei Anschlägen auf Migranten. Es stört ihn nicht, wenn Nationalsozialisten auf den Kandidatenlisten seiner Partei auftauchen. „Es interessiert mich nicht, ob die Leute sich

Nationalsozialisten nennen. Solange sie den Parteirichtlinien folgen, ist alles in Ordnung." Mordaunt bezeichnete sich selbst in der Vergangenheit auch immer als Nationalsozialisten. Heute will er sich dazu nicht mehr eindeutig äußern.

In Alkmaar war der lokale Sekretär der CP '86, **Jan Wipjes**, anfänglich Spitzenkandidat seiner Partei. Aber nach Auskunft eines Gemeindesprechers ist er von der endgültigen Liste verschwunden. Es ist nicht eindeutig, ob Wipjes ein Mitglied der ANS ist, aber er gehört mit Sicherheit zu den aktiven Sympathisanten, dem Umfeld der ANS, wie Homan es nennt.

In Groningen steht **Ralf van Oort** auf dem 3. Platz der CP '86 Liste. Er ist dort besser als **Iwan van Gool** oder Iwan der Schreckliche bekannt. Ten Haaf schreibt in seinem schon zitierten Buch, daß Ralf van Oort/Iwan der Schreckliche, Homan zufolge bis 1992 zum ANS-Umfeld gehörte. Dem Groninger „Anti-Facisme-Overleg" nach ist er auch Mitglied der ANS.

Das friesische Hauptvorstandsmitglied der CP '86, **Douwe van den Bos**, verneint, daß Van Oort in Verbindung zur ANS steht. „Das sind alles bloß Gerüchte, ohne jeglichen Beweis. Wenn man Eite Homan die Hand gibt, ist man noch lange kein ANS-Aktivist." Van den Bos „garantiert", daß auf den Listen der CP '86 der Städte Groningen, Leeuwarden und Assen keine ANS-Aktivisten vertreten sind.

In Utrecht ist der Nazi-Skinhead **Derk Meppelink** Spitzenkandidat der CP '86. Mordaunt: „Was heißt schon Nazi-Skin. Er vertritt unsere politischen Auffassungen, was er in seiner Freizeit tut, muß er selber wissen. Ich habe gehört, daß er bei dem Skin-Blatt 'Hou Kontakt' mitarbeitet. Aber das ist seine Sache."

Constant Kusters ist Spitzenkandidat der CP '86 in Arnheim. Seit einem Interview letzten Jahres in der „Volkskrant" und einem Fernsehauftritt am 14. Januar in der KRO Sendung „Katharsis" genießt er landesweite Bekanntheit. In der „Neue Front/Widerstand" vom November 1992 ist von einer mißglückten Aktion der ANS, „unorganisierter Skins" und Mitgliedern der nationaldemokratischen CP zu lesen. Darin wird Kusters als „Kamerad Kusters" bezeichnet. Ein Titel, den man nicht einfach so bekommt.

Kai Grünberg

Untersuchungshaft für AntifaschistInnen im Fall Kaindl

Berlin, 3.April 1992: In einem China Restaurant sitzen eine Handvoll Funktionäre der „Deutschen Liga für Volk und Heimat"(DL): Der aus der Berliner „Jungen Union" kommende Rechtsanwalt Carsten Pagel, der ehemalige „Republikaner" und Mitbegründer der DL, Thorsten Thaler, der ehemalige NPD'ler und „Republikaner" Rudolf Kendzia, sowie der Schriftleiter der Berliner DL Gerhard Kaindl. In das Lokal stürmen, nach Zeugenaussagen, sechs bis acht Vermummte. Es kommt zu einem Handgemenge mit den Faschisten, bei dem Gerhard Kaindl von Messerstichen schwer verletzt zusammenbricht und wenig später stirbt.

Unmittelbar nach dem Tod Kaindls begann die politische Abteilung der Berliner Kriminalpolizei gegen die Gruppe „Antifasist Genclik" (Antifaschistische Jugend) zu ermitteln. Um dieses Vorgehen nachzuvollziehen, ist ein kurzer Rückblick angebracht. Nach den pogromartigen Ausschreitungen im Herbst 1991 in Hoyerswerda kam es auch in Berlin zu einer Reihe von Auseinandersetzungen zwischen rassistischen deutschen Jugendlichen auf der einen Seite und „ausländischen" Jugendlichen und antifaschistischen Gruppen andererseits. Mit diesen Ansätzen von organisierter Selbstverteidigung begann sowohl durch die staatlichen Behörden als auch durch die Medien eine breitangelegte Kampagne, die bis in den Schulalltag hineinlangte. Die Polizei gründete Sonderkommissionen gegen Gruppengewalt, Dateien wurden angelegt. Ziel der Kampagne war neben der Einschüchterung der „ausländischen" Jugendlichen, z.B. mit der Drohung von Ausweisung, die Zerschlagung von organisierter Selbstverteidigung gegen den faschistischen Terror. Mit dem Jahr 1992 geriet die durch ihr offensives politische Auftreten bekannte Jugendgruppe „Antifasist Genclik" in das Visier von politischer Polizei, Verfassungsschutz und Medien.

In der Gruppe „Antifasist Genclik" haben sich in erster Linie türkische und kurdische Jugendliche zusammengeschlossen. Aus der Szenerie der in Berlin weitverbreiteten multikulturellen Streetgangs stachen sie durch ihr engagiertes politisches Auftreten hervor. Sie waren in der Lage ihren Kampf gegen die Neonazis nicht nur aus der Bedrohung und einem emotionalen Haßgefühl heraus zu führen, sondern begründeten ihn auch politisch. Auf ihren Veranstaltungen und in ihren Publikationen war ihnen die Vermittlung der Übereinstimmungen zwischen dem rassistischem Terror der Faschisten und der rassistischen „Ausländerpolitik" der Bundesregierung immer wichtig. Dadurch waren sie dem Staatsschutz ein besonderer Dorn im Auge.

Berlin, 15./16. November 1993: Gegen zwei AntifaschistInnen werden Haftbefehle wegen Mord, versuchtem Mord und Körperverletzung erlassen und sofort vollstreckt. Mit gezogenen Waffen stürmen Beamte eines Sondereinsatzkommandos die Wohnungen. Der Kurdin Fatma B. wird bei ihrer Festnahme eine Pistole an den Kopf gesetzt. Der Mutter des zweiten Festgenommenen wird angekündigt, daß ihr Sohn erschossen würde, sollte er versuchen, sich der Festnahme zu widersetzen.

Im Laufe der nächsten Tage werden über 10 Wohnungen durchsucht und ein dritter Antifaschist verhaftet. Ein weiterer stellt sich freiwillig. Am 4.12.93 wird als fünfter Verdächtiger Bahrettin Y. festgenommen. Neun weitere Haftbefehle sollen noch ausgestellt worden sein.

Und schon am 20.11.93 meldete der Berliner „Tagesspiegel": „Mord an Rechtsextremist ist aufgeklärt."

In deutlichem Kontrast zu den Verharmlosungen, die aus der Berichterstattung über Ermittlungen gegen Neonazis bekannt sind, wird in diesem Fall über die Hausdurchsuchungen und die Festnahmen mit sichtlicher Genugtuung berichtet. Unrecherchiert wird die These einer türkischen Selbstjustizgruppe übernommen, die für den Tod Kaindls verantwortlich sein soll. Stets wurde und wird von Medien, Polizei und Justiz der angeblich unpolitische Hintergrund von faschistischen Mördern betont, die Einzeltäter-Theorie vertreten, Alkohol ins Spiel gebracht oder sogar Verständnis verbreitet. Die Entpolitisierung rassistischer Gewalt steht auf der Tagesordnung, während gleichzeitig Häuser angezündet und Menschen gedemütigt, geschlagen und verbrannt werden. Daß in diesem politisch - von pogromähnlichen Ausschreitungen und quer durch die Gesellschaft gehendem Rassismus - aufgeheizten Klima in einer Auseinandersetzung auch ein Faschist umkommen kann, war nur eine Frage der Zeit.

Verwunderlich sind die Umstände der Ermittlungen der Kriminalpolizei. Offensichtlich wurden Zwischenergebnisse an die „Deutsche Liga" weitergegeben. Diese meldete in ihrer Parteizeitung „Deutsche Rundschau", Ausgabe 10/93, daß „sämtliche acht Täter ermittelt seien". Die Faschisten erklärten, auch die „Namen und Anschriften der türkischen Mörder" seien ihnen bekannt, und alle Beteiligten seien „Antifasist Genclik" zuzuordnen. Der Artikel endete mit der offenen Drohung „Wir kriegen Euch alle".

Der in dem China-Restaurant verletzte **Thorsten Thaler** wird im November 93 von der taz zitiert, daß er „als Opfer offenbar mehr erfahren sollte, als es normalerweise (...) wohl üblich ist." Er gibt an, Informationen von zwei

Berliner Staatsschutzern erhalten zu haben, die ihm „Namen, Geburtsdatum, Wohnanschrift und sogar die PKW-Nummer" zur Verfügung stellten.

Die Situation der Festgenommenen ist von zwei Seiten her prekär. Es wurde versucht, sie weitgehend abzuschotten. Sie hatten zunächst Einzelhofgang und an sie gerichtete Briefe wurden beschlagnahmt. Zum anderen stellte sich heraus, daß einer der Festgenommenen Aussagen gemacht hatte - ohne das bis heute klar ist, unter welchen Umständen. Bekannt ist, daß dieser Gefangene nachfolgend auf die psychatrische Abteilung des Gefängnisses Berlin-Tegel verlegt worden ist.

Ein Mitglied von „Antifasist Genclik", das noch von der Polizei gesucht wird, beschreibt in einem offenen Brief an die antifaschistische Bewegung die politische Dimension des Verfahrens: „Beabsichtigt und jetzt versucht wird die Zerschlagung einer Gruppe, die sich um ausländische Jugendliche bemüht. Jugendlichen, zumal ausländischen, wird in dieser Gesellschaft keine Perspektive geboten. Das einzige, was diese Gesellschaft ihnen bietet, sind alltägliche Erniedrigungen, die vom Staat noch gefördert werden. Die Logik des Staates ist zwingend: Eine Gruppe, die in diesem Kampf von Erniedrigung und Terror den Jugendlichen die Perspektive bietet, Menschen sein zu können, und die die Hintermänner für die alltäglichen rassistischen Verbrechen aus ihrem Dunkel zieht, diese Gruppe ist hochgradig staatsgefährdend und muß zerschlagen werden. (...) In nächster Zeit wird sich die Lage in diesem Land noch weiter verschärfen. Die wirtschaftliche Krise wird mit ihrer sozialen Katastrophe in absehbarer Zeit nicht überwunden werden. Der einzige Ausweg für den Staat liegt in einer Militarisierung der Gesellschaft, einhergehend mit Krieg, Nationalismus und Männlichkeitswahn. Das Säbelrasseln hat erst begonnen, die 60 Toten des faschistischen Terrors in den vier Jahren seit dem Fall der Mauer sind erst der Anfang."

In Berlin wird von FreundInnen und UnterstützerInnen der Beschuldigten das Informationsblatt HERZSCHLÄGE - Informationen gegen die Kriminalisierung von AntifaschistInnen - herausgegeben. Postanschrift:
HERZSCHLÄGE:
c/o Kreuzbüro, Großbeerenstr.89,
10963 Berlin

Werwolf Senftenberg

Im Mordprozeß gegen vier Mitglieder der rechtsextremen „Werwolf Jagdeinheit Senftenberg" hat das Landgericht Cottbus am 21.Januar langjährige Freiheitsstrafen verhängt. Auf das Konto der kriminellen Vereinigung, die im Raum Cottbus agierte, gingen ein Mord sowie verschiedene Sprengstoffanschläge. Der Kopf der paramilitärischen Gruppe, **Jens-Werner Klocke** (27), wurde wegen versuchten Mordes zu einer 15jährigen Freiheitsstrafe verurteilt, **Daniel Langner** (20) erhielt wegen Mordes eine Jugendstrafe von neun Jahren, **Mike Hoffmann** (22) verurteilte das Gericht wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes und Verstoßes gegen das Kriegswaffengesetz zu einer Jugendstrafe von viereinhalb Jahren und **Silvio Köchel** (29) kommt wegen der Beteiligung an dem Überfall für drei Jahre in Haft.

Die „Werwolf Jagdeinheit Senftenberg" war die erste Neonazi-Vereinigung in Ostdeutschland gegen die der Karlsruher Generalbundesanwalt ein Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung eingeleitet hatte.

Zusammenarbeit

„Junges Franken-Zeitschrift für die Sache des Volkes" ist erschienen. Getragen wird das Zeitschriftenprojekt von der FAP, den Jungen Nationaldemokraten, ehemaligen Aktivisten des verbotenen „Nationalen Blocks" (NB) und einem „Bund Frankenland", der von **Uwe Meenen**, ehemals REP-Mitglied, geführt wird. Nach Eigenangaben soll das Zeitschriftenprojekt den „Grundstein einer partei-und gruppenübergreifenden Zusammenarbeit in Franken" legen. Verantwortlicher Schriftleiter der Neonazi-Postille ist der Student **Jürgen Schwab**, der in der September-Ausgabe 1991 von „Nation+Europa" per Annonce auf Wohnungssuche war. Geworben hat Schwab für sein Blättchen u.a. in der „Jungen Freiheit".

Rassismus

Flugblätter einer „Aktion ‚Wir sind das Volk!'" kursieren seit einigen Wochen in der gesamten rechtsextremen Szene der Bundesrepublik. Ziel ist, eine „erleichterte Einbürgerung" sowie die „doppelte Staatsbürgerschaft" für Nicht-Deutsche zu verhindern. Hauptträger der Unterschriftenaktion sind das Collegium Humanum und dessen Initiator, Prof. **Werner Georg Haverbeck** vom „Weltbund zum Schutz des Lebens" (WSL). Geworben für die „Aktion" wird von der „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft" (DESG) und dem Informationsdienst „Das Freie Forum", dem Mitteilungsblatt der „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP).

CDU-Forum für Revisionismus

Der Mann, der dem britischen Revisionisten **David Irving** ein Forum für die „Auschwitz-Lüge" geboten hatte, kann weiter Mitglied der CDU bleiben. Dr. **Manfrid Dreher**, Vizepräsident der Vereinigung Mittelständischer Unternehmer, muß aber sein CDU-Parteiehrenamt niederlegen und sich von Irvings Aussagen in aller Form und Deutlichkeit distanzieren. Diesen Spruch hat in dritter Instanz das Bundesparteigericht der CDU gefällt. Unternehmer Dreher, Mitbegründer und bisher Ehrenvorsitzender der CDU Engelsbrand (Enzkreis), hatte im November 1991 Irving eingeladen, in dem Pforzheimer Restaurant „Adler" vor etwa 100 Personen einen Vortrag zu halten. Irving nutzte die Gelegenheit, seine Thesen („Auschwitz ist eine Touristenattrappe") zu verbreiten. Der CDU-Kreisverband strengte wenig später ein Parteiausschlußverfahren gegen Dreher an, das bis in die letzte Instanz ging.

Schon einmal war Dreher in die Schlagzeilen geraten: Über die Frankiermaschine seiner Maschinenfirma war während eines Wahlkampfes umfangreiche Post für die „Republikaner" versandt worden. Dreher hatte dies seinerzeit als „Freundschaftsdienst" abgetan, der ohne weitere Folgen blieb.

Erfinder der Anti-Antifa verliert gegen Antifaschisten vor Gericht.

Das Vorstandsmitglied der niedersächsischen NPD, **Hans-Michael Fiedler**, hat auch in der 2.Instanz vor dem OLG Celle, seinen Prozeß gegen den Antifaschisten Raimund Hethey verloren. Fiedler konnte den Nachweis nicht erbringen, daß Hethey in einem Vortrag anläßlich der Demonstration im März 1993 gegen das faschistische Zentrum in Adelebsen, in dem Fiedler wirkt, behauptete, Fiedler sei ein Terrorist, der gewaltsame Aktionen gegen ihm mißliebige AntifaschistInnen organisiere. Gegen den Vorwurf, Fiedler stehe zur Gewalt und wolle Gewalt, klagte Fiedler vergebens. Das Gericht wertete solche Äußerungen als zulässiges Werturteil. Fiedlers Rechtsanwalt **Henning Bahr** aus Celle mochte diesen Punkt in der zweiten Instanz auch nicht mehr vertreten. Wie Fiedler die immensen Kosten des Verfahrens aufbringen will, bleibt offen. Nach Äußerungen von **Christian Worch** soll eine zukünftige Strategie der (Neo)-Faschisten darin bestehen, AntifaschistInnen mit Prozeßen zu überrollen. Solche Nötigungsversuche konnen wie im Fall Fiedler auch nach hinten losgehen. Daß sie für AntifaschistInnen trotzdem ärgerlich sind und Geld kosten, bleibt ein notwendiges Übel im Antifa-Kampf, das mit solidarischem Engagement aller AntifaschistInnen durchaus zu bewältigen ist.

Bettina Franske

„Immer dazwischen" - oder etwas daneben?

„Immer dazwischen" ist ein aktuelles, grundlegendes Buch für alle, die sich beruflich und persönlich mit dem Anstieg fremdenfeindlicher Gewalt und der Rolle der Polizei auseinandersetzen.

Datenmaterial, das man sich bisher über polizeiliche Forschungseinrichtungen, Hochschulen, Fachzeitschriften und aus den Medien im In- und europäischen Ausland zusammensuchen hätte müssen, um einen Überblick über die komplexen Erscheinungsformen und Zusammenhänge der Fremdenfeindlichkeit zu gewinnen, wird hier von einer Reihe namhafter Autoren zusammengestellt und aus unterschiedlichen Blickwinkeln bewertet. In diese Diskussion um die Ursachen der Fremdenfeindlichkeit fließen die Ergebnisse aus der sozialwissenschaftlichen Forschung über die Entwicklung des rechtsextremen Parteienspektrums in der Bundesrepublik und über die Einstellungen zu dem Asylrecht, den verschiedenen ausländischen Gruppierungen und der Akzeptanz fremdenfeindlicher Gewalt in der Bevölkerung ein. Auch die von Polizei und Verfassungsschutz erstellten Analysen zu den Häufigkeiten, Täterprofilen und Eskalationsprozessen werden berücksichtigt.

Die Erkenntnis und Erklärung des Problems verlangen eine undogmatische, interdiszplinäre, theorieübergreifende, problemorientierte und ehtische Dimensionen mit einbeziehende Herangehensweise. Diese ist dem Autorenteam gut gelungen, nicht zuletzt durch die Beiträge von Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, und Herbert Leuninger, Pfarrer und Sprecher der Arbeitsgruppe Pro Asyl in Frankfurt/M.: Sie verdeutlichen die Auswirkungen des fremdenfeindlichen Klimas bzw. des veränderten Asylrechts auf die Betroffenen - eine Perspektive, von der ein Polizeibeamter oder ein mit Aggregatdaten arbeitender Wissenschaftler gewöhnlich nicht viel erfährt.

Das Buch skizziert die Rahmenbedingungen fremdenfeindlicher Gewalt in Deutschland. Diese stehen für eine gesamtgesellschaftliche Krise und werfen die kontroverse Frage auf, welchen Beitrag die Polizei zur Bekämpfung bisher geleistet hat und zukünftig leisten muß. Ausgangspunkt ist zum einen die Besorgnis, daß die rechte Szene mit Lob an der Polizei nicht spart, um sich so den Polizeiapparat nutzbar zu machen, und zum anderen das Eingeständnis von Reaktionsverzögerungen beim polizeilichen Handeln in der Vergangenheit. Zuletzt bieten die Autoren Vorschläge für verbesserte polizeiliche Gegenstrategien, d.h. für organisatorische Veränderungen und neue Einsatzkonzepte. Fragen der Personalauswahl, der Ausbildung und des Umgangs von Polizisten mit eigenen Ansprüchen und Widersprüchen sowie die Aspekte einer Polizei, die auch gegenüber Ausländern bürgernah ist, werden angesprochen. Auf die konkreten Erfahrungen der Polizeibeamten, die im Polizeipräsidium Potsdam und in Nordrhein-Westfalen vertrauensbildend in Aslybewerberheimen tätig sind, gehen die Autoren beispielsweise nicht ein.

Bedauerlich ist die Ausblendung eventueller Tendenzen von Rechtsextremismus innerhalb der Polizei selbst. Trotz des Hinweises, daß die Polizei ein Querschnitt der Gesellschaft sei und somit vom Rechtsruck betroffen sein könnte, werden derartige Vorwürfe pauschal als Produkte einer sensationsbedürftigen Presse abgetan. Nachdenklich stimmende kriminologische Studien über das Verhältnis der Polizei zu Ausländern sind ebenfalls ein Tabu. Doch gerade vom gegenseitigen Bild und Verständnis, das Polizisten und ausländische Bürger voneinander haben, wird es abhängen, ob die Polizei als bloßes Schutzschild bei der Eskalation von ungelösten sozialen Problemen fungiert, oder vermittelnd, konfliktschlichtend und deeskalierend zwischen deutschen und ausländischen Bürgern tätig ist. Erst dann, wenn das „Immer dazwischen" nicht mehr ein durch das Titelbild symbolisiertes Daneben bedeutet, wird die Polizei ihrer Verantwortung und ihrem Auftrag voll gerecht.

Insgesamt entspricht das Buch seinem Anspruch, zu dokumentieren, polizeiliches Handeln zu rechtfertigen und grundlegende Strategien zur Bekämpfung fremdenfeindlicher Gewalt darzulegen. Im letzten Punkt wirft es aber mehr Fragen auf, als es Antworten gibt. „Immer dazwischen" - ein Buch mit offenem Ende.

Murck, Manfred; Schmalzl, Hans Peter und Zimmermann, Hans-Martin (Hrsg.), Immer dazwischen. Fremdenfeindliche Gewalt und die Rolle der Polizei, Verlag Deutsche Polizeiliteratur, Hilden 1993, 251 S., 32 DM